

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Victoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Iltverbund Bochum.

Ein ungeheuerlicher Lügenfeldzug

der Unternehmer auf breiter Front, unter Aufwand ganz großer Mittel bereitet sich vor, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, damit notwendige staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, wie die jüngste Entwicklung sie u n a b w e n d b a r gemacht hat, für die Unternehmer möglichst unschädlich gemacht werden. An die Gottähnlichkeit des Kapitalismus glauben die Unternehmer selbst schon lange nicht mehr. Aber sie möchten natürlich die Entwicklung soweit wie möglich in ihrem Sinn beeinflussen. Wenn man da dem Volk einreden könnte, daß die hohen Löhne in erster Linie an den hohen Preisen schuld seien, so wäre das eine nette Vorbereitung für kommende Lohnabbaumaßnahmen. Um das zu erreichen, steigen hohe Herren selbst zum gewöhnlichen Volk herab. Auf der Zeche Königsgrube im Ruhrgebiet hielt Herr Professor Knodt nach einem Konzept des Herrn v. Löwenstein vom Bergbaulichen Verein in einer Belegschaftsversammlung einen Vortrag in diesem Sinne. Als der Betriebsrat freie Diskussion verlangte, wurde sie verweigert. Unsere Kameraden werden sich aber in solchen Belegschaftsversammlungen nicht alles mögliche vorreden lassen, sondern für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Beauftragten der Unternehmer die Wahrheit zu sagen. Wir können deshalb vielleicht schon in nächster Zeit das Schauspiel erleben, daß nicht nur wie bisher Kommunisten, sondern die Unternehmer selbst Belegschaftsversammlungen sprengen!

Für den erwähnten Feldzug der Unternehmer ist neuerdings unter Aufwand großer Mittel ein buntes Bilderbuch herausgegeben worden „Warum arbeitslos?“, welches den Nachweis bringen soll, daß nur Lohnabbau, Abbau der öffentlichen Ausgaben und der Sozialversicherung die deutsche Wirtschaft retten können. Das Machwerk läßt übrigens gesehwidrig, nicht erkennen, wer als Herausgeber verantwortlich ist. Es wird aber in Massen in den Betrieben des Ruhrgebiets, so in den Anlagen der Vereinigten Stahlwerke, verbreitet. Die Verantwortlichkeit der Unternehmer für das Machwerk steht also unzweifelhaft fest. Gedruckt ist das Ding bei Fredebeul & Coenen in Essen, in deren Verlag das Zentrumsblatt „Offener Volkszeitung“ erscheint, bei der auch der „Bergknappe“ gedruckt wird. Die letztgenannten Zeitungen sind natürlich für das Machwerk nicht verantwortlich. Es ist aber ein besonders schlauer Trick der Flugblattherausgeber, dasselbe ausgerechnet in einer Zentrumsdruckerei herstellen zu lassen. Aber auch dieser Trick wird die beabsichtigte Wirkung auf die Zentrumsarbeiter verfehlen, denn auch sie werden auf die Argumente des Bilderbuches nicht hereinfallen können.

In raffinierter, bewußt verlogener Weise werden in dem Ding Statistiken, Zahlen und Bilder verwendet, um den Nachweis zu führen, daß die armen Unternehmer von hohen Löhnen und öffentlichen Abgaben erdrückt werden, daß darin die große Erwerbslosigkeit ihre Ursache habe und daß deshalb nur Lohnabbau usw. die Arbeitslosigkeit beizubringen könne.

Wir können heute nur einleitend zu dem Machwerk Stellung nehmen, werden aber in den nächsten Nummern auf weitere Einzelheiten eingehen und ersuchen unsere Kameraden dringend, sich dieses Material aufzuheben und gegebenenfalls zu benutzen.

Ueber die Sünden der kapitalistischen Methoden, die selbst von der Reichsregierung, von bürgerlichen Wissenschaftlern der verschiedenen Richtungen längst anerkannt sind, enthält das Machwerk natürlich kein Wort. Es war der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der Anfang Juni d. J. in einer Rundgebung in Hamm von den Sünden der deutschen Unternehmerschaft sprach. Als er deshalb in der Unternehmerpresse scharf angegriffen wurde, antwortete er in der „Germania“ u. a.:

„In den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich Staats- und Privatwirtschaft zusammengesetzt und gemeinschaftlich überlegt, welche Folgerungen aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen seien. Die öffentliche Wirtschaft in Deutschland ist dabei, für sich ein gleiches zu tun. Die deutsche Privatwirtschaft dagegen hat, von Ausnahmen abgesehen, bis in die jüngste Zeit immer alle Schuld an der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsmisere auf den Staat abgewälzt, um die eigenen Hände in Unschuld zu waschen.“

Gegen diese Methode, die zudem falsch ist, wurde in Hamm auch deswegen Stellung genommen, weil man damit den Weg zu einer wirklichen deutschen Wirtschaftsgefundung statt frei zu machen, immer wieder neu verirrt.“

Eine Reihe hervorragender bürgerlicher Volkswirtschaftler, Professor Schmalenbach, Professor Bonn, Professor Hirsch usw., haben die Sünden der Privatwirtschaft in der Zeit der Rationalisierung oft genug angeprangert. Sie haben bewiesen, daß ungeheuerliche Kapitalfehlleistungen vorgenommen wurden, daß der Produktionsapparat durch Erweiterung und Neuanlagen in einer Weise aufgebaut wurde, die weit über den Bedarf hinausging und

damit einen Kapitaldienst der deutschen Industrie schuf, der mit Rentabilität überhaupt nicht zu vereinbaren ist. Sie fordern alle einen Kapitalkchnitt oder wie Professor Bonn sich ausdrückt:

„Es muß vor allem eine Abwertung der Anlagekapitalien von ihrem fiktiven (angenommenen) Wert auf eine dem Ertrag entsprechende Größe stattfinden. . . . Die Reorganisation des deutschen Wirtschaftslebens verlangt Preisentfaltungen, die nicht einfach durch entsprechende Lohnsenkungen wettgemacht werden können. Deutschland muß ein Land mit niedrigen Lebenskosten und hohen Reallohnen werden.“

Ein nicht unbekannter Täuschungsversuch ist die Methode, von den Löhnen Anfang 1924 auszugehen, sie mit 100 anzusehen und danach die Lohnsteigerungen bis in die neueste Zeit zu errechnen. Dabei ist bekannt, daß in den ersten Monaten der Stabilisierung, im letzten Vierteljahr 1923 die Löhne in Deutschland ganz gewaltig herabgesetzt wurden und erst von 1924 an unter dem Druck der Gewerkschaften wieder erhöht werden konnten. Im Ruhrbergbau wurde der Durchschnittslohn von 5,25 M. im Nov. 1923 auf 4,20 M. im Januar 1924 herabgesetzt. Es ist natürlich ein großer Unterschied, ob ich einen Lohn von 5,25 M. oder von 4,20 M. zum Ausgangspunkt nehme. Nach solchen Methoden vergleicht das Bilderbuch die Löhne und kommt dann zu ganz unglaublichen Schlussfolgerungen. Aber auch sonstige Angaben über Löhne und Lohnanteil sind wissenschaftlich falsch oder frisiert wiedergegeben. Da wird z. B. auf der zweiten Seite behauptet, daß nach einer Untersuchung im Jahre 1927 nach Abzug der Ausgaben für Rohstoffe und Abschreibungen sich die Herstellungskosten auf die Gruppen Arbeit, öffentliche Hand und Kapital wie folgt verteilen: Löhne und Gehälter 70,8 Prozent, Steuern, Tribute und soziale Lasten 16,3 Prozent, Anteil des Kapitals (Zinsen usw.) 12,9 Prozent. Diese Methode, die Ausgaben für Rohstoffe und Abschreibungen vorweg abzusehen und nur den Rest der Herstellungskosten aufzuteilen, ist auf bewußte Irreführung angelegt, die durch die beigegebenen Bilder noch verstärkt wird. Der Leser sieht auf dem Bild, ein wie kleiner Teil auf den Kapitalanteil und ein wie großer auf Löhne und Gehälter entfällt. Die nicht hervorgehobenen Wörtchen „nach Abzug der Ausgaben für Rohstoffe und Abschreibungen“ werden wohl meistens übersehen. Die Unternehmer wollen mit diesem Flugblatt beweisen, daß wesentliche Preisentfaltung durch Lohnabbau möglich sei. Dann muß man natürlich fragen: Welchen Anteil haben Löhne und Gehälter an den

gesamten Herstellungskosten? Dann kommt man zu ganz anderen Ergebnissen. Da sagen uns amtliche Zahlen, daß dieser Lohnanteil nur in einigen Industrien die Hälfte oder etwas mehr von den Selbstkosten erreicht. So im Bergbau, der Kleinteile- und der Porzellanindustrie. Im Maschinenbau sind es 25 bis 35 Prozent, in der Elektrotechnik 35 bis 40 Prozent, in der Autoindustrie 20 Prozent, in der Textilindustrie 15 bis 20 Prozent. In der Braunkohlen- und Brikkettfabrikation sind es 15 Prozent, in der chemischen Industrie 10 Prozent, im Hochofenbetrieb und in Flußstahlwerken 6 bis 7 Prozent und in der Elektrizitätserzeugung ist es nur der Bruchteil eines Prozentes!

Am Ruhr betrug der Lohnanteil je Tonne Förderung 1913 = 5,94 M., im Mai 1931 = 5,79 M., also weniger. Bei einem Kohlenpreis von 15,40 M. machte im Mai der Lohnanteil 37,6 Prozent vom Kohlenpreis aus. Wenn wir noch 15 Prozent vom Lohnanteil als Gehaltsanteil (0,87 M.) rechnen, dann machten Lohn und Gehalt 43,2 Prozent vom Kohlenpreis aus. Die Unternehmer rechnen natürlich anders. Sie geben in ihrem statistischen Heft die Arbeitskosten je Tonne absetzbarer Kohle an, schalten also Selbstverbrauch und Deputat aus. Dann haben sie

	1913	April 1931
an Barverdienst	6,32 M.	6,93 M.
an Beamtengelt	0,51 M.	1,51 M.
	6,83 M.	8,44 M.

Trotz dreifacher Beamtengehälter gegen 1913 machte danach Lohn- und Gehaltsanteil im April 1931 nur 54 Prozent des Verkaufspreises aus. Auch diese Beispiele aus der Industrie, in welcher der Lohnanteil am höchsten liegt, sind ein Beweis für die Moquelei des Bilderflugblattes.

Wenn man sich diese Zahlen vor Augen hält, wird ganz klar, daß auf Kosten der Löhne eine wesentliche Preisentfaltung überhaupt unmöglich ist. Da nutzt auch das Taschenspielerkunststückchen nicht, welches dieses Bilderbuch wiederholt: Auch die Preise für Rohstoffe und Anlagenhaltung bestehen wieder zum größten Teil aus Löhnen und deshalb bestehen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt sieben Achtel der Preise aus Lohn, Steuern usw. Warum legt man da nicht gleich 100 Prozent an? Rohstoffe werden nur durch Arbeit gewonnen und so kann man, wenn man will, alles in Löhne aufteilen.

Nach ähnlichen Täuschungsmethoden behandelt das Bilderflugblatt die öffentlichen Ausgaben, Lohn- und Preisvergleiche, Sozialausgaben, „Tributenpreßung“ usw. Doch diese Musterleistungen müssen einzeln gemessen werden, weshalb wir noch besonders auf sie zurückkommen.

Die Gewerkschaften im Sturm der Krise.

Die Entwicklung der Gewerkschaften ist mit der Entfaltung des Wirtschaftslebens eng verbunden. Die gewerkschaftliche Tätigkeit wird naturgemäß stark gehemmt, wenn die Arbeiter sich massenhaft zu den Arbeitsnachweisen drängen. Ueber die Entwicklung im Jahre 1930 liegen jetzt einige Zahlen vor. Die dem DGB angehörenden Gewerkschaften hatten im Jahre 1930 einen Mitgliederrückgang von 233 068 oder 4,7 Prozent zu verzeichnen. Am Ende des Jahres waren 4 717 569 Mitglieder vorhanden. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 4 821 832, worunter sich 684 978 weibliche befanden. Der Verlust ist hauptsächlich auf den Abgang der Mitglieder mit kurzer Mitgliedschaft zurückzuführen. Er ist nicht sehr erheblich, wenn man die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Stellung der Gewerkschaften als Prellbock zwischen rechts und links in Betracht zieht. Die Mitgliederbewegung war bei den einzelnen Verbänden verschieden. Diejenigen, welche die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders zu erdulden hatten, hatten naturgemäß die stärksten Mitgliederverluste. Bei drei Verbänden nahm die Mitgliederzahl zu. Die Einkommen der Gewerkschaften gingen um 19,7 Mill. M. zurück, während die Ausgaben um 31,3 Mill. M. stiegen. Der Durchschnittsbeitrag pro Mitglied betrug 43,93 M. gegen 47,36 M. im Vorjahr. Von den gesamten Ausgaben machten die Unterstufungen mehr als die Hälfte, nämlich 51,2 Proz., aus. Im Jahre 1930 wurde für Unterstufungen die Reifensumme von 123 522 717 M. ausgegeben. Damit wurde die Vorjahrsumme um 36,7 Mill. M. überstiegen. Der größte Teil der Unterstufungen wurde für soziale Zwecke geleistet. Die Arbeitslosenunterstützung stieg von rund 45 Mill. M. 1929 auf 78 Mill. M. 1930. Für Krankenunterstützung wurden rund 23 Mill. M. benötigt. Die Notfallunterstützung stieg von 3 auf 5 Mill. M. und der Posten sonstige Unterstufungen von 409 000 auf 3 Mill. M. Beachtenswert ist die Ausgabenentwicklung der Invalidenunterstützung. 1929 wurde die Summe von 4 278 923 M. und 1930 von 8 001 197 M. benötigt. Es fand also beinahe eine Verdoppelung statt. Die 123,5 Mill. M., die die Gewerkschaften an Unterstufungen auszahlten, flossen über den Massentonnsum der deutschen Wirtschaft direkt zu.

Die reaktionäre Meute von rechts und unsere Todfeinde von links stimmen jedesmal ein Freudengeheul an, wenn die Gewerkschaften einen Mitgliederrückgang erlitten haben. Es ist möglich, daß sie es auch diesmal tun. Aber mit Gerugnung kann es uns erfüllen, daß der schwere Krisensturm 1930 nur solche

verhältnismäßig geringen Verluste verursacht hat. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten 40 Jahren ist nicht gleichmäßig verlaufen. Eine gewisse Wellenkurve in der Entwicklung ließ sich nicht vermeiden. Aber trotz der widrigsten Umstände und trotz der heftigsten Angriffe haben wir doch immer wieder ein ununterbrochenes Wachstum des Einflusses und der Macht zu verzeichnen gehabt. Zu der schwierigsten Zeitperiode zählt die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Aber auch diese Zeit wird den Fels im Meer nicht untergraben können. Der Jahresabschluss vom Jahre 1930 ist dafür der beste Beweis.

46 Millionen Mark Unterstufungen.

Der Deutsche Baugewerksbund hat in den Jahren 1927 bis 1930 an Unterstufungen an seine Mitglieder 45 956 672 M. ausgegeben, allein in den Jahren 1929 und 1930 über 26 Millionen. Das sind respektable Summen. Im Jahre 1930 überstiegen die Ausgaben des Baugewerksbundes die Einnahmen um 6 Millionen. In diesem Jahre sind die Verhältnisse noch schlechter geworden. Im ersten Halbjahr 1931 war bereits eine Mehrausgabe von 5,6 Millionen zu verzeichnen. In diesen Ziffern spiegelt sich die Krise auf dem deutschen Baumarkt wieder. Trotzdem der Bund Einsparungen von sachlichen und persönlichen Verwaltungskosten vornahm, konnte die Summe der Mehrausgaben dennoch so katastrophal anschwellen. Wie aus der Nummer 33 des „Grundstein“ hervorgeht, sah sich der Baugewerksbund aus all diesen Gründen gezwungen, die Unterstufungssätze herabzusetzen. Auf die Dauer ist es unmöglich, daß eine Gewerkschaftsorganisation, genau wie jedes Privatunternehmen oder jede Einzelperson, mehr ausgibt als sie einnimmt. Der Baugewerksbund würde Selbstmord begehen, wenn er nicht den Versuch machte, Einnahmen und Ausgaben wenigstens einigermaßen gegeneinander auszugleichen. Dies um so mehr, da die Kampffähigkeit des Bundes erhalten werden muß. Im Baugewerbe ist der Friede zwischen Kapital und Arbeit nur scheinbar. Das Reichsarbeitsministerium hat es grundsätzlich abgelehnt, Tarifverträge für verbindlich zu erklären. So muß der Baugewerksbund und die übrigen Organisationen im Baugewerbe ständig zum Kampf gegen Außenfeinde gerüstet sein. Um diese Kampffähigkeit herzustellen, ging der Baugewerksbund dazu über, seine Finanzen vor dem Verfall zu schützen. Dies konnte nach Lage der Sache nur geschehen, indem die Ausgaben eingeschränkt werden.

Das neue Ruhrkohlen-Syndikat.

Der Reichskohlenrat hat am 10. August den neuen Syndikatsvertrag für das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat genehmigt. Damit ist mit Wirkung vom 1. September 1931 bis zum 31. März 1942 die Verkaufsorganisation der Ruhrzechen für einen hinlänglich großen Zeitabschnitt gesichert.

Die Vertragserneuerungen des seit 1893 bestehenden Kohlen-Syndikats sind stets von langwierigen Verhandlungskämpfen begleitet gewesen, in denen die Interessengruppen der Zechenbesitzer hemmungslos aufeinander prallten. Dabei handelte es sich nicht nur um den alten Gegensatz zwischen reinen Zechen und Hüttenzechen, der sich bis in die jüngste Zeit hinein erhalten hat und diesmal wieder eine gewichtige Rolle spielte, sondern sehr vornehmlich um den jedesmal wieder aufbrechenden Streit über die in Form der Quotenverteilung jedem einzelnen Syndikatsmitglied zugemessene Monopolrente. Seit dem Inkrafttreten des Kohlenwirtschaftsgesetzes von 1919, das die Syndikats- zu Organen der Kohlen-Gemeinwirtschaft machte, sind die Schwierigkeiten der jedesmaligen Syndikatsneubildung keineswegs geringer geworden, aber dieses Gefesh bot dem Reichswirtschaftsminister Handhaben, um mangels einer freiwilligen Einigung der Bergwerksbesitzer das Syndikat im Verordnungswege zu verlängern. Von dieser Möglichkeit ist wiederholt Gebrauch gemacht worden. Allein seit dem letzten Vertragsabschluss von Ende März v. J. hat die Regierung sechs mal dieses Verordnungsrecht angewandt, zuletzt durch die Verordnung vom 29. Mai 1931, wodurch die Fortsetzung des bisherigen Kohlen-Syndikats bis zum 31. August d. J. verfügt wurde. Die Gewissheit, daß am Ende der Reichswirtschaftsminister doch eingreifen würde, um einen Syndikatslosen Zustand zu verhindern, hatte das Verantwortungsgefühl der Zechenbesitzer für das Zustandekommen eines Syndikats stark herabgemindert und einen Teil immer wieder verleitet, in ihren Sonderwünschen bis zur letzten Minute widerpenstig zu bleiben. Dem hat nun die Juni-Notverordnung dadurch einen Riegel vorgeschoben, als bestimmt wurde, daß fortan der Reichswirtschaftsminister zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet ist, einen Zusammenschluß oder Beitritt zu einem Kohlen-Syndikat herbeizuführen. Diese Bestimmung hat ihre heilsame Wirkung nicht verfehlt.

Auf der ersten nach dem Inkrafttreten dieser Notverordnung abgehaltenen Zechenbesitzerverammlung beschloßen die Beteiligten den Hauptstreitpunkt, nämlich die Regelung der Syndikatsumlage, durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, zu dessen Obmann der Geschäftsführer des Reichskohlenrats, Berghauptmann Bennhold, bestellt wurde. Die dem Obmann wurde sogar, falls das Schiedsgericht in seiner vollen Besetzung zu keinem Spruch kommen würde, das alleinige Entscheidungsrecht übertragen. Ebenso sollte der Obmann über die vorliegenden Beteiligungsansprüche einiger Bergwerksgesellschaften befinden. Es spricht für die Hartnäckigkeit der Interessengruppen im Ruhrbergbau, daß sich auch in diesem Schiedsgericht, an dem Vertreter der reinen Zechen und Hüttenzechen beteiligt waren, eine Mehrheit nicht bilden ließ, so daß Berghauptmann Bennhold schließlich allein den Umlageschiedspruch für das Kohlen-Syndikat fällen mußte. Dieser Schiedspruch, dem sich die große Mehrheit der Zechenbesitzer schon von vornherein unterworfen hatte und dem in zwölfter Stunde auch der letzte Außenleiter, die Niederrheinische Bergwerks-A.G., nach Gewährung eines ansehnlichen Beteiligungszuwachses beigetreten ist, ist nunmehr in den auf über 10 Jahre laufenden Syndikatsvertrag eingegangen, dessen sonstiger Rahmen bereits im vorigen Jahre vom Reichskohlenrat verabschiedet worden war.

Der Kampf bei der Umlageregelung drehte sich um die Verteilung zwischen den großen Interessengruppen der reinen Zechen und der mit Abnehmerwerken (Hütten) fongernmäßig verbundenen Zechen. Beide Gruppen trugen im alten Syndikatsverträge an den durch die Absatzdispositionen des Syndikats im bestrittenen Gebiet, also hauptsächlich im Export, gegenüber den amtlich festgestellten Berechnungspreisen entstehenden Verlusten gleichmäßig bei. Dies geschah durch eine einheitliche Tonnenumlage, die sowohl auf die vom Syndikat vertriebene Produktion (Verkaufsbeteiligung) als auch auf die von den angegliederten Konzernwerken verbrauchten Mengen (Verbrauchsbeteiligung) erhoben wurde.

Die Verbrauchszechen, die die Stimmenmehrheit im Syndikat besitzen, wandten gegen diese Regelung ein, daß die Verbrauchsbeteiligung an den Betrieben des Syndikats und an den durch ihnen herbeigeführten Mineralwasserwerken nicht unmittelbar und nicht in dem gleichen Maße im Verhältnis zu der Verkaufsbeteiligung und verlangten daher grundsätzlich die Freistellung der Verbrauchszechen von der Umlage überhaupt. Demgegenüber bestanden die reinen Zechen auf eine gleichmäßige Tonnenumlage für den ganzen, auf Verkaufs- und Verbrauchsbeteiligung zu Lasten kommenden Absatz und verwiesen dabei auf die Tatsache, daß die Verbrauchszechen in der Bereinigung ihrer Verbrauchsbeteiligung von jeder Produktionseinschränkung, wie sie für die Verkaufsbeteiligung je nach der Absatzlage verhängt wird, ohnehin schon genießen. Außerdem wurde von dieser Seite geltend gemacht, daß durch rechnungsmäßig verlustbringende Syndikatsverluste in das bestrittene Gebiet die Verbrauchszechen nicht nur für ihre Verkaufsbeteiligung, sondern auch für ihre Verbrauchsbeteiligung Nutzen ziehen, da jede Absatzveränderung die Kohlenenergiekosten, die von der Größe der Förderung abhängig seien, sich vermindern.

Ein gewisses Entgegenkommen an den Standpunkt der Verbrauchszechen brachte die anderweitige Umlageregelung in dem Verträge vom 2. Mai v. J., wodurch die Umlagepflicht der Verbrauchsbeteiligung auf 70 Prozent und höchstens 1,50 M. je Tonne begrenzt wurde. Damit gab es sich aber die Verbrauchszechen noch nicht zufrieden und stellten die Forderung auf, daß die in der Eisenausfuhr stehende Verbrauchstohle in der gleichen Weise vergütet werde wie die übrige Exportkohle. Das wäre nicht nur auf eine völlige Freistellung der Verbrauchsbeteiligung von der Umlage hinausgelaufen, sondern auf eine zusätzliche Ausfuhrprämie des Bergbaues für die Eisenindustrie. Die Hüttenzechen haben wohl im Laufe der Auseinandersetzungen selber eingesehen, daß sie damit eine Unmöglichkeit verlangen. Der Stahlverein, bzw. Fritz Thyssen, legte dann einen Vermittlungsvorschlag vor, der eine Umlagebefreiung der Verbrauchsbeteiligung in dem Verhältnis vor sah als die jeweilige Exportziffer des Stahlwerksverbandes zur Erzeugung steht.

Dieser Vorschlag ist mit einigen Abwandlungen dem Bennhold'schen Schiedsgericht zugrunde gelegt worden. Danach wird jetzt die Syndikatsumlage folgendermaßen errechnet:

Die reinen Geschäftskosten des Syndikats, die sich im Durchschnitt der letzten Jahre auf etwa 10 Pf. je Absatztonne belaufen, werden durch eine gleichmäßige Syndikatsumlage auf Verbrauchs- und Verkaufsbeteiligung aufgebracht. Zur Deckung der Mindererlöse wird eine weitere Umlage erhoben, von der die Verbrauchsbeteiligung zu einem bestimmten Prozentsatz freigestellt ist. Dieser Prozentsatz wird nach Angaben des Stahlwerksverbandes als Verhältnisziffer der mittelbaren und unmittelbaren Ausfuhr von Eisenerzeugnissen zur Gesamtproduktion dieser Erzeugnisse berechnet. Im ersten Vierteljahr 1931 hätte dieser Satz 56 Prozent betragen. Der Schiedsrichter begrenzt aber diesen Satz für die Umlageberechnung auf 55 Prozent im Höchstmaße.

Die Umlage ist bereits nach der neuen Methode berechnet worden. Sie beträgt für die Verkaufsbeteiligung 2,77 M. und für die Verbrauchsbeteiligung 1,30 M. Im Juni hat noch nach der alten Berechnungsweise die Verkaufsumlage 2,69 M. und die Verbrauchsumlage 1,50 M. betragen. Es ergibt sich daraus eine gewisse Umlagemehrbelastung der reinen Zechen, namentlich für die Zeit der schlechten Eisenkonjunktur. An der Umlageentlastung nehmen auch diejenigen Verbrauchszechen teil, deren Werkstoffverbrauch, wie beispielsweise bei den Staatszechen und bei den mit der Chemie verbundenen Werken, nicht der Eisenerzeugung dient. Nur unter dieser Voraussetzung hat sich diese Gruppe bereit gefunden, der Neuregelung zuzustimmen. Die Gültigkeit der Neuregelung ist bis zum 30. April 1937 festgesetzt worden. Eine eventuelle anderweitige Regelung soll dann ein Schiedsgericht vornehmen. Für den Fall, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre das neue Berech-

nungsverfahren der Syndikatsumlage technisch undurchführbar wird, etwa weil der Stahlwerksverband vielleicht aufgelöst wird oder weil eine grundlegende Änderung in den Zollverhältnissen den Eisenzug wesentlich umgestaltet, so soll sowohl die Hüttenzechen-Gruppe als auch die Gruppe der reinen Zechen berechtigt sein, in einem Schiedsverfahren die Beibehaltung oder Abänderung der Berechnungsgrundlage nachprüfen und entscheiden zu lassen. Zur Unterscheidung dieser beiden Gruppen ist das Ausmaß ihrer Verbrauchsbeteiligung im Verhältnis zum Gesamtabsatz genommen worden. Zur ersteren Gruppe gehören danach diejenigen Syndikatsmitglieder, deren Verbrauchsbeteiligung 15 Prozent oder mehr ihres Gesamtabsatzes beträgt.

Die Arbeitnehmervertreter des Reichskohlenrats haben der Syndikatserneuerung keine Hindernisse in den Weg gelegt, weil sie einer Absatzorganisation des Ruhrbergbaues, die vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkte aus in mancher Hinsicht Mangel aufweist, gegenüber dem sonst zu erwartenden Durchschießen einander in den Produktions- und Absatzverhältnissen immer noch den Vorzug geben. Gegenüber den früheren Verträgen hat der gemeinwirtschaftliche Einfluß der Arbeitnehmer im Kohlen-Syndikat keine Beeinträchtigung, allerdings auch keine Ausweitung erfahren. Einige Bestimmungen, so die Einschränkung von Zuwachsbeteiligungen dürften sogar geeignet sein, gegen früher eine Besserung einzuleiten, da nunmehr durch das bloße Niederbringen von Quotenmäßigen Beteiligungserhöhungen nicht mehr zu erreichen sind. Die lange Laufdauer des Syndikatsvertrages ist durchaus zu begrüßen und wird die notwendige innere Konsolidierung des Ruhrbergbaues zweifellos begünstigen. Auch im Hinblick auf das endliche Zustandekommen einer internationalen Kohlenverständigung wird die jetzt herbeigeführte langfristige Stabilisierung des Ruhrkohlen-Syndikats von Nutzen sein. Die eine Aufgabe bleibt freilich unvermindert bestehen, nämlich die großkapitalistische Organisation des Ruhrbergbaues mehr als bisher gemeinwirtschaftlichen Zielen dienstbar zu machen. Diese Aufgabe sollte nicht nur den Bergarbeitern obliegen, sondern auch als Verpflichtung des Reiches erkannt werden.

Nationale Selbsthilfe — ein gefährliches Schlagwort.

In Deutschland wird seit einigen Wochen das Schlagwort „nationale Selbsthilfe“ in allen Tonarten heruntergeleiert. Wie bei allen Schlagworten, versteht jeder etwas anderes darunter. Dennoch läßt sich bei allen Auslegungen ein gemeinsamer Grundzug herausstellen. Dieser Grundzug ist mit zwei Worten zu kennzeichnen: „Soziale Reaktion!“ Eine verzweifelte Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Körperlichkeiten ist immer der beste Helfer einer sozialen Reaktion gewesen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die gegenwärtige Verzweiflungssituation in weiten Kreisen des deutschen Volkes den besten Boden für verhängnisvolle Forderungen von Katastrophenpolitikern abgibt. Deshalb treten von allen Seiten jetzt Vorschläge an die Öffentlichkeit, die auf das gemeinsame Ziel: Verschlechterung der Lage des arbeitenden Volkes, hinauslaufen. Versuchen wir einmal, die verschiedenen Schattierungen des Begriffes „nationale Selbsthilfe“ zu kennzeichnen.

Der Nationalist reinsten Wassers versteht unter nationaler Selbsthilfe Abbruch der auf Zusammenarbeit gerichteten Beziehungen mit den ausländischen Staaten und Zerreißen internationaler Verträge, namentlich solcher, die aus dem Kriege herkommen. Ferner Aufrüstung der deutschen Wehrmacht und was dergleichen Auswüchse eines nationalistisch benebelten Gehirns mehr sind. Eine andere Gruppe lehnt sich an diese Begriffe zum Teil an und verlangt vor allem wirtschaftliche Erfolge. Dazu zählt in erster Linie die deutsche Landwirtschaft. Diese Kreise vertreten die Ansicht, daß Deutschland sich vollständig bezüglich der Einfuhr von Lebensmitteln unabhängig machen kann. Eine dritte Gruppe von Menschen versteht unter Selbsthilfe Rückkehr zu den Verhältnissen in der Wirtschaft und der Sozialpolitik wie sie vor 30 Jahren bestanden haben. Versuchen wir einmal zu ergründen, was es im Gefolge haben kann, wenn man auch nur in einem Punkt Konzessionen macht.

Der Frieden unter den Völkern ist eine Fiktion auf schwankendem Boden. Die Spuren eines solchen Weltunglücks wie der Krieg lassen sich nur allmählich verwischen. Dennoch war es immerhin schnell gelungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wiederherzustellen. Der industrielle Aufschwung in den letzten zehn Jahren war der sichtbarste Beweis dafür. Handel und Wandel blühten wieder, wenn auch hier und da noch Hemmnisse zu überwinden waren. Je mehr die Technik sich entwickelt, je schneller und umfassender sich der Verkehr ausdehnt, je kleiner erscheinen die Völker in ihrer Abgeschlossenheit. Deshalb die starke weltwirtschaftliche Verbundenheit, das enge Aufeinanderangewiesensein der einzelnen Staaten. Und nun kommen nationalistische Rindsköpfe, die eine Zerreißen internationaler Verträge fordern, und jene Zustände herbeiführen wollen, wie sie vor Jahrzehnten bestanden. Kein Zweifel darf bestehen, daß wir bei Annahme solcher Gedankengänge einen Rückschlag erleiden würden, der zur vollständigen Verelendung der breiten Massen führen kann. Nicht Abkapelung eines mit tausend Jüden weltwirtschaftlich verwichenen Gemeinwesens, sondern innige Zusammenarbeit der Völker und Unsichtbarmachung der nationalen Landesgrenzen, das ist der Weg zum Wohlstand der Völker.

Wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit, wofür man meistens das griechische Wort Autarkie anwendet, ist das Ziel anderer einflussreicher Gruppen. Wie liegen hier die Dinge? Als Arbeiterland mit einer großen Fertigungsindustrie muß Deutschland Rohstoffe einführen, weil diese im Inland nicht gewonnen werden. In unseren Breitengraden wachsen nun einmal keine Baumwolle oder kein Kautschuk und andere überseeische pflanzliche Rohstoffe. Die Erdoberfläche, die wir bewohnen, birgt auch keine oder nicht genügend Erze, aus denen sich Kupfer, Gold, Eisen, Zinn usw. gewinnen läßt. Die Ölquellen, die wir erbohren, fließen so spärlich, daß wir große Mengen zur Bedarfsdeckung einführen müssen. Die Verwertung unserer großen Industrieanlagen, die Beschäftigung von rund 15 Millionen Industriearbeitern, ist also nur möglich, wenn wir Rohstoffe und Halbfabrikate einführen. Der Anteil derselben an der Gesamteinfuhr beträgt 50 bis 60 Prozent. Deutschland führt jährlich für etwa fünf Milliarden Mark Rohstoffe und halbfertige Waren zur Weiterverarbeitung ein. Darin beruht die Grundlage der deutschen Wirtschaft. Die Rohstoffeinfuhr einzustellen, hieße Selbstmord begehen oder die industrielle Tätig-

keit auf ein Minimum herabsetzen. Es lohnt nicht, darüber weiter zu diskutieren.

Noch ein anderer Teil gleichgesinnter Zeitgenossen will die Einfuhr von Lebensmitteln verhindern. Wie steht es damit? Wir hatten in der Zeit des Krieges und der Inflation schon einige Male Gelegenheit, die Selbstversorgung der städtischen Bevölkerung aus der einheimischen Landwirtschaft kennenzulernen. Kein Mensch, sofern er nicht Selbstversorger ist, wird solche Zustände zurückwünschen. Die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln bewegt sich in einer Höhe von drei bis vier Milliarden Mark je Jahr. Der Erzeugungswert der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland stellt sich auf 12 bis 15 Milliarden, so daß ein erheblicher Teil zur Verfertigung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln eingeführt werden muß. Eine vollständige Unterbindung der Einfuhr von Lebensmitteln würde überdies eine solche Preissteigerung mit sich bringen, daß Hungersnot breiter Schichten die Folge wäre. Jedenfalls wäre die Selbstversorgung der deutschen Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln ein Absinken in die Kulturstufe von vor 50 Jahren. Da wir keine Lust haben, Selbstmord zu begehen oder die eine Schicht der Bevölkerung noch mehr als bisher für die anderen tributpflichtig zu machen, so wollen und müssen wir solche Pläne energisch bekämpfen.

Aber neben dem ist noch etwas anderes beabsichtigt. Unter dem Deckmantel nationaler Selbsthilfe plant man den Abbau aller sozialen Errungenschaften. Außerordentlich bezeichnend hierfür war ein kürzlich veröffentlichter „Aufruf zur Selbsthilfe“ des Zweckverbandes der westfälischen Industrie und Handelskammer. In diesem Aufruf werden alle „Sünden der Privatwirtschaft auf den „Sozialismus der Nachkriegszeit“ geschoben. Nach einer demagogischen Kritik der Entwicklung der verflochtenen Jahre werden folgende Forderungen aufgestellt:

„Da Steuern, soziale Lasten und Zinsen schwerer denn je auf der Gütererzeugung lasten, muß der Arbeitskostenanteil an der Gütererzeugung sowohl nach der Seite der Arbeitszeit als auch nach der Seite der Lohnhöhe beweglicher gestaltet, d. h. aus der politischen Bindung herausgenommen und wieder auf das Marktbedürfnis eingestellt werden. Die Arbeitskosten, bedingt durch Lohn- und Arbeitszeit, sind ein Teil der Markterzeugung und können nicht durch politische Gewalt davon gelöst werden. Nur eigene Kapitalbildung schafft Freiheit und höchstes Verantwortungsbewußtsein. Arbeiten und Sparen sind die einfachsten Mittel, die zur Wiederherstellung von Wohlstand, Freiheit und Macht führen.“

Wir glauben nicht notwendig zu haben, diese Forderungen mit einem Kommentar zu versehen. Sie sprechen für sich. Bezweckt wird damit die Rechtlosmachung der Arbeiter und Angestellten und die Herabsetzung deren Lebensstandards. Dies alles wird dem wenig denkenden Publikum unter der Phrase der nationalen Selbsthilfe serviert.

Hierin offenbart sich die Gefährlichkeit des hier zur Behandlung stehenden Schlagwortes. Man beabsichtigt nicht eine Selbsthilfe mit gleichen Opfern bei allen Bevölkerungsschichten als eine Art Zwischenstadium durchzuführen, sondern man hat Nebenziele dabei im Auge, die darauf abzielen, die Klassenherrschaft zu stabilisieren oder sie wieder vollständig herzustellen. Es besteht unerseits wenig Lust, diesen Schicksalzug ruhig geschehen zu lassen. Im Gegenteil müssen wir solche dunklen Pläne in aller Öffentlichkeit enthüllen, damit wir sie mit desto größerer Macht bekämpfen können. Die Arbeiterklasse will die enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Völker und gegen die künstliche Abgeschlossenheit, die nur dazu dienen soll, bestimmten Gruppen Sonderrechte und Extraverdienste zu verschaffen.

Jeder Kamerad

muß unermüdet für die Stärkung seiner Organisation arbeiten. Jeder muß neue Mitglieder werben!

Alarm über Mansfeld.

Die Kundgebung der Mansfeld-AG. an die Belegschaft hat folgenden Wortlaut:

„An unsere Belegschaft!

Nach Rücksprache mit den Vertrauensleuten der Belegschaft halten wir es für unsere Pflicht, folgendes zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Die wirtschaftliche Lage unserer kupfererzeugenden Betriebe gibt zu schweren Besorgnissen Anlaß. Seit Anfang dieses Jahres ist der Kupferpreis dauernd weiter gefallen und hat einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht. Dazu kommt, daß die Absatzverhältnisse immer schwieriger werden. Wir erwirken jetzt für die Tonne Kupfer knapp 700 M., womit nur ein völlig unzureichender Teil der Selbstkosten gedeckt werden kann. Infolgedessen haben wir trotz der Reichs- und Staatszuschüsse seit Anfang d. J. mit wachsendem Verlust gearbeitet. Auch unsere anderen Betriebe haben keine Ueberschüsse gebracht.

Unsere laufenden Ausgaben sind also viel höher als die Einnahmen. Neue Leihgelder können wir bei den jetzigen Verhältnissen nicht erhalten, vielmehr drängen unsere Gläubiger auf Rückzahlung der bestehenden Bankschulden. Die verfügbaren Geldmittel zur Zahlung der Löhne und Gehälter, Sozialabgaben, Steuern, Frachten, Materialien usw. werden daher von Tag zu Tag knapper. Unsere Bemühungen, eine Erhöhung der Staatszuschüsse zu erreichen, waren bisher ohne Erfolg. Man hat uns auf den Weg eines weiteren Abbaues der Selbstkosten verwiesen.

Die Aufrechterhaltung unserer Kupferbetriebe, der Arbeitsplätze für viele tausende Arbeiter und Angestellte, ist bei dieser Sachlage aufs schwerste gefährdet. Soll es gelingen, den Herbst und Winter bis zu hoffentlich besseren Zeiten zu überstehen, so sind einschneidende Maßnahmen zur Senkung der Selbstkosten, bei denen bekanntlich Löhne und Gehälter weit aus dem Hauptbestandteil ausmachen, unvermeidlich.

Die zur finanziellen Entlastung eingelegten Fenerschichten können nur ein vorübergehendes Helfemittel sein. Die Selbstkosten je Tonne Kupfer werden dadurch nicht verringert, aber die Einkommen der Belegschaftsmitglieder wesentlich geschmälert. Daher ist Kollektiv selbst bei gekürzten Löhnen und Gehältern sowohl für das Unternehmen wie für den einzelnen besser als Fenerschichten.

Wenn wir mit der Selbsthilfe bis an die Grenze der Möglichen gehen, hoffen wir, daß uns auch Reich und Staat nicht im Stich lassen. In Einvernehmen mit den Organisationsstellen sind wir bemüht, in diesem Sinne eine Grundlage zu schaffen, welche die Weiterführung unserer Kupferbetriebe ermöglicht.“

Kein einsichtiger Mensch verkennet die Schwierigkeiten des Mansfelder Kupferbergbaues, die auf Grund der allgemeinen Preisstürze auf den Metallmärkten eingetreten sind. Auch die Belegschaft im Mansfelder Revier kennt aus ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit die Bedeutung dieser Preisschwankungen. Aus der Bekannmachung der Verwaltung geht eindeutig und klar hervor, welchen Weg man beschreiten will, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen. Wir halten den Weg, der scheinbar der Mansfeld-AG. vorschwebt, für verfehlt. Wenn man alles Drum und Dran des Inhalts der Bekannmachung wegläßt, bleibt als Allheilmittel, welches die Mansfeld-AG. noch glaubt anwenden zu können, ein weiterer Lohnabbau übrig. Man will also den Arbeitern, die bekanntlich schon im vergangenen Jahre weitgehende Lohnherabsetzungen erfahren haben, durch neuen Lohnabbau das Fell über die Ohren ziehen. Gegen diese Absichten, die anscheinend von der Mansfeld-AG. der Belegschaft schmachhaft gemacht werden sollen, werden diese sich mit aller Entschiedenheit wenden. Unserer Ansicht nach ist es gar nicht möglich, durch fortwährenden Lohnabbau Mansfeld erfolgreich zu helfen. Wenn die Arbeiter durch Lohnkürzungen die finanziellen Schwierigkeiten, die aus den niedrigen Preisen der Mansfeld-Metalle entstanden sind, überwinden sollen, dann müssen sie vollständig umsonst arbeiten.

Auch wir sind der Ansicht, daß die Mansfelder Betriebe unbedingt aufrechterhalten werden müssen. Eine Stilllegung des Mansfelder Kupferbergbaues würde unabsehbare Folgen für das gesamte Wirtschaftsgebiet in Mitteleuropa haben. Es liegt somit im allgemeinen Interesse, daß in der heutigen Zeit eine solche Vernichtung der Bevölkerung unter allen Umständen vermieden wird. Bei der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Mansfelder Kupferbergbaues bestehen zweifellos andere Möglichkeiten, diesem Industriezweig wirksame Hilfe angedeihen zu lassen und dadurch die Weiterführung der Betriebe zu gewährleisten.

fürz vor der Wahl abberufen werden. Wahrscheinlich eine Empfehlung für das Dritte Reich. In Anbetracht der geistigen Fähigkeiten, die die Nazis während der Arbeitskammerwahl entwickelt haben, konnte es der Aufsichtsbehörde nicht schwerfallen, den Einspruch der MSB.D. gegen die am 9. Juli stattgefundene Neuwahl der Arbeitskammer zur Prüfung zu prüfen, ob die Ungültigkeitserklärung durch den Wahlkommissar zu Recht erfolgt ist oder nicht. Sie hat mit Recht nur auf § 13 der Wahlordnung verwiesen, auf den der Wahlkommissar die Ueberbringer der Liste schon hingewiesen hatte, und zum Ausdruck gebracht, daß, nachdem sie von dem Rechtsmittel im § 13 keinen Gebrauch gemacht haben, eine Anfechtung der Wahl nicht in Frage kommt.

Der „Dortmunder Generalanzeiger“ erklärte, daß der Einspruch der Nazis nur aus Breißegegründen erhoben worden sei, vielleich mit Rücksicht auf den Bergbau-Verein, der den Nazis, wie durch die Tagespresse bekannt wurde, im Frühjahr eine namhafte Summe, die eine sechsstellige Zahl ausmachte, zur Verfügung stellte. Wie verlautet, waren ja auch für die Arbeitskammerwahl schon Flugblätter zur Propaganda für die Nazis gedruckt und nun das Maß der Ungültigkeitserklärung. Wir gratulieren allen Beteiligten aber sollen wir unser Beileid ausdrücken. Mag es jeder nehmen wie er will.

Um den letzten Akt dieses Dramas oder Lustspiels der Deffentlichkeit nicht vorzuenthalten, wollen wir eine weitere Mitteilung. Der schon erwähnte zweite Kandidat Hilmar Bach auf der Naziliste, Stl.-Mann und Organisator der Nazibetriebszellen auf den Fechen des Ruhrgebiets und einer der Einsprucherheber gegen die Arbeitskammerwahl, ist kurz danach, wie das „Ruhr-Echo“ freudestrahlend mitteilte, zur SPD. hinübergewechselt. Dieser Frontwechsel, der in Wirklichkeit keiner ist, ist Bach sicher nicht schwergefallen, da inzwischen Bundesbrüderchaft zwischen Hitler und Thalmann in der Volkentscheid-Kampagne geschlossen worden war. Um in der SPD. oder Nazi-Sprache zu reden, wechseln die Nazi- und SPD.-Mordbanditen hinüber und herüber. Die Grenzen verschwimmen ineinander, wie Figura zeigt.

Auch für den Zuwachs gratulieren wir beiden. Wer von beiden der Bevorzugte der Unternehmer ist, wollen wir weiter nicht untersuchen. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die Zeitung der Großindustrie, ist die SPD. ein Faßl im Gleich der Arbeiterbewegung, worüber erstere sich freut. Die SPD. stellt sich in den Dienst der Unternehmer, ohne nachweislich Geld von diesen zu erhalten. Die Nazis bekommen nachweislich ihre Dienste in klingender Münz bezahlt. Die Bergarbeiter müssen hieraus die Lehren ziehen und sich im Bergbauindustriearbeiterverband fester zusammenschließen, um dem Dreigestirn — Hakenkreuz, Kapitalismus und Sowjetstern — so entgegenzutreten zu können, wie es das Interesse der Bergarbeiter erfordert.

Explosion in Britettfabriken.

Am Sonntag, dem 9. August d. J., erfolgte im Ribbertwerk in Hermilheim bei Köln (zur Roddergrube AG. gehörend) eine Kohlenstaubexplosion. Drei Mann wurden getötet und zwei leicht verletzt. Die Explosion nahm wahrscheinlich ihren Ausgang in einem Trockner der Britettfabrik.

Bereits am vorhergehenden Freitag entstand ein Brand, der auch eine kleine Verpuffung auslöste. Angeblich wurde dieser Brand gelöscht. Am Sonnabend brannte es abermals. Auch dieser Brand soll gelöscht worden sein. Ob die Lösung vollkommen erfolgt, bleibt zweifelhaft. Sonntagmorgen stand der Betrieb vollkommen still, als die Explosion erfolgte. Man hörte zuerst einen Knall, der eine starke Rauchwolke aus dem Gebäude hochtrieb. Dann schlug gleich mit einem zweiten Knall eine Flamme in der Staubwolke hoch. Das Gebäude wurde arg mitgenommen. Mehrere Fenster wurden mitsamt dem Rahmen herausgeschleudert.

Der Braunkohlenstaub, insbesondere der im rheinischen Braunkohlenrevier, ist sehr gefährlich. Einmal häufelten sich zwei junge Leute auf dem Grubenplatz. Einer von ihnen rauchte eine Zigarette. Der andere nahm eine Hand voll Staub und warf dem Zigarettenraucher damit ins Gesicht. Der Staub entzündete sich an der Zigarette und der Raucher erlitt im Gesicht Brandwunden. Tatsächlich ist der Braunkohlenstaub meist gefährlicher als der bekannte explosionsfähige Steinkohlenstaub.

Staubbrände sind in den Britettfabriken etwas fast alltägliches. Beim Löschen muß sehr vorsichtig vorgegangen werden. Der Staub ist sehr trocken und leicht. Bei jeder unvorsichtigen Berührung fliegt er auf. Es gibt verschiedene Lösungsverfahren. Am häufigsten geschieht dies mit feuchter Kohle, die sehr vorsichtig über die Brandstelle gelegt wird. Vielfach wird auch mit Wassernebel oder auch mit dem bekannten Schaumverfahren gelöscht. Ein Wasserstrahl aus einem Rohr auf die Brandstelle gerichtet, löst fast regelrecht eine Explosion aus. Für das Löschen bestehen deshalb besondere Vorschriften und Einrichtungen.

Aber gerade das häufige Vorkommen der Kohlenstaubbrände wird dazu beitragen, daß man gegenüber der Gefahr abstumpft. So hat es beispielsweise am selben Tage auf einer benachbarten Grube des Reviers gleichfalls gebrannt. „Ach, Gott, bei uns hat es auch gebrannt, ist aber doch nichts passiert“, sagte einer der Beteiligten.

Nach dem Bericht des preussischen Grubensicherheitsamtes für das Jahr 1929 (Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preussischen Staat) ereigneten sich in dem Jahre auf 41 Britettfabriken — von 184 insgesamt betriebenen — 70 Kohlenstaubverpuffungen bzw. -explosionen. Den Vorschriften entsprechend sollen alle Explosionen und Verpuffungen gemeldet werden. Wir glauben kaum, daß das immer geschieht. Wenn die Verpuffung größer ist, so daß sie die Grenze der Explosion beinahe erreicht, wird man wohl den Vorgang nicht verheimlichen können. Kleine Vorkommnisse werden aber ebenso wie die Brände nicht besonders ernst genommen. Leider! Kohlenstaubbrände kennt jede Britettfabrik. Sie gehören zu den immer wiederkehrenden Vorkommnissen, und weil sie nicht so ernst genommen werden, muß das Uebel an der Wurzel angefaßt werden. Den Betriebsleitungen und Arbeitern muß die Gefahr deutlicher vor Augen geführt werden.

Inbesondere muß die Frage der Entstehung geprüft werden. Die notierten 70 Verpuffungen bzw. Explosionen fanden ihren Ausgang in 21 Fällen in der Entstaubung, in 12 Fällen in Trocknern, in 11 Fällen in Kühlanlagen, in weiteren 11 Fällen in den Fördereinrichtungen und in 8 Fällen in Pressen.

Als hauptsächlich Verursacher kamen bei den notierten Fällen in Frage: Funkenregen in 22 Fällen, Selbstentzündung in 20 Fällen, Funkenüberschlag in der elektrischen Entstaubung in 7 Fällen. Ungeklärt blieben 17 Fälle. Wenn also das Funkenregen stark an der Entzündung beteiligt ist, dann muß man nach deren Vermeidung trachten. Die Selbstentzündung ist nach unserer Ansicht gar nicht schwer zu bekämpfen. Sauberheit, Vermeidung von Anhäufungen und längerem Liegen des Staubes können bestimmt wesentlich zur Besserung beitragen.

Krise und Bauwirtschaft.

Im Aufrage von 130 sozialen Baubetrieben in allen Grenzgebieten Deutschlands wandte sich der Verband sozialer Baubetriebe an die Reichsregierung mit der dringenden Bitte, gegen die immer untragbarer werdenden Verhältnisse im Baugewerbe mit ihren katastrophalen Folgen für die Gesamtwirtschaft geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Es heißt in der Eingabe:

„Das Baugewerbe ist bereits durch die Auswirkungen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 in eine sehr schwierige Lage gekommen. Der Rückgang der Bauvorhaben nach den amtlichen Statistiken, die ungemöhnliche Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter und die zahlreiche Zusammenbrüche im Baugewerbe sind dafür traurige Beweise.“

In den letzten Wochen haben sich die Verhältnisse im Baugewerbe weiter verschärft. Infolge des herrschenden Kapitalmangels und der hohen Kreditzinsen kommt allmählich auch noch der Rest der Bautätigkeit, den die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 übriggelassen hat, zum Erliegen.

Die weitere Einschränkung der Bautätigkeit bedeutet aber nicht nur neue Arbeitslosigkeit für die Bauarbeiter und neues Elend für ihre Familien, sie bedeutet auch nicht nur neue Zusammenbrüche im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien, sondern gleichzeitig auch die weitere Verminderung der Massenkaufkraft mit ihrer lähmenden Wirkung auf die übrige Wirtschaft. Sie bringt für die öffentlichen Organe weitere Steuerausfälle auf der einen und weitere Unterlastungen auf der anderen Seite. Durch die Zunahme des Arbeitslosenheeres bringt sie ferner eine innen- und außenpolitisch gefährliche weitere Radikalisierung der Volksmassen. Maßnahmen, die derartige Wirkungen haben, sind zur Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen nicht geeignet.

Die Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen erfordert vielmehr die planmäßige Stärkung der Steuer- und Kaufkraft des deutschen Volkes durch die Wiedereinrichtung der Arbeitslosensmassen in den Produktionsprozeß, die Schaffung neuer Werte und die Bildung des in Deutschland so dringend nötigen Kapitals, das — soweit es nicht vom Ausland zu bekommen ist — nur durch die rastlose Arbeit des ganzen deutschen Volkes aus den Ueberschüssen des Volkseinkommens gebildet werden kann.

Von diesen Gesichtspunkten aus bitten wir die Reichsregierung um Maßnahmen zur Wiederingangsetzung der Bautätigkeit durch Bereitstellung des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und Deckung des Finanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden einschließlich des normalen Bedarfs für die öffentliche Bautätigkeit — soweit dazu das aus der Belebung der Wirtschaft sich ergebende größere Steueraufkommen in Verbindung mit der Verminderung der öffentlichen Steuerlasten nicht ausreicht — durch andere geeignete Steuern.

Dringend geboten erscheint uns ferner die allgemeine gesetzliche Verfürzung der Arbeitszeit mit dem Ziele, auch dadurch einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen und die öffentlichen Lasten für Unterstutzungswecke zu senken. Wir bitten um schleunigen Erlaß der nötigen Gesetze.“

Rechtsschutzberichte des Verbandes.

Im Bezirk Halle wurde im ersten Halbjahr in 526 Fällen ein Gesamterfolg von 77 032,01 M. erstritten.

Im Bezirk Hannover belief sich derselbe in demselben Zeitraum auf 128 384,91 M.

Im Bezirk Luga u muhten im zweiten Vierteljahr 13 288 M. den rechtmäßigen Besitzern wieder zurückgegeben werden.

Im Bezirk München bezifferte sich der Erfolg unserer dortigen Rechtsschutzstätigkeit in derselben Zeit auf 11 308,71 M. Vom Bezirk Nordhausen wird für das zweite Vierteljahr ein Barerfolg von 7 591,01 M. berichtet.

Der Bezirk Zeitz meldet für denselben Zeitraum einen Barerfolg von 2 941,70 M.

Im Bezirk Zwickau wurden 9 959 M. im zweiten Vierteljahr durch die Rechtsschutzstätigkeit des Verbandes den Mitgliedern erstritten.

Auf 250 505,34 M. beziffert sich der hier berichtete Barerfolg aus der Rechtsschutzstätigkeit des Verbandes. Er zeigt, wie derselbe auch an den Arbeitsgerichten und sonstigen Spruchinstanzen einen erfolgreichen Kampf um die Rechte seiner Mitglieder zu führen vermag. Darum stärkt den Verband!

Um die Rechtsgültigkeit der Arbeitskammerwahl vom 9. Juli 1931.

Der Nazieinspruch gegen die Arbeitskammerwahl zurüdgewiesen.

Bekanntlich war vom Wahlkommissar für die Arbeitskammerwahl die von den Nazis eingereichte Vorschlagsliste für ungültig erklärt worden, da sie den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprach. Obwohl die Ueberbringer der Liste vom Wahlkommissar mündlich über die Rechtslage — § 13 der Wahlordnung — unterrichtet wurden, haben sie von dem Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Wahlkommissars keinen Gebrauch gemacht. Sie fühlten sich wahrscheinlich schon im Dritten Reich und glaubten, die getätigte Wahl dann für ungültig erklären zu können, waren doch schon am Wahltag auf einzelnen Fechen, z. B. im Bochumer Bezirk, Bekannmachungen der MSB.D. (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) angeschlagen, worin aufgefordert wurde, nicht zu wählen, da die Wahl für ungültig erklärt würde. Da aber das Dritte Reich etwas so lange auf sich warten läßt, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich auf den Rechtsboden des angeblich marxischen Staates zu stellen.

Nach der „Roten Erde“ vom 17. Juli 1931 ist von der MSB.D. gegen die Gültigkeit der Arbeitskammerwahl von einem gewissen Rothmann in Reddinghausen im Namen der Bergarbeiter Sieberger, Bach, Gläsel und Elbring Einspruch erhoben und beantragt worden, die gesamte Arbeitskammerwahl für un-gültig zu erklären und Neuwahl auszusprechen. In der Begründung heißt es: „Der Wahlvorstand mag zunächst die Gründe angeben, die ihn veranlaßt haben, die Liste für ungültig zu erklären.“ Bis dahin wollte man sich den Nachweis der Rechtsgültigkeit der Naziliste vorbehalten. Herr Rothmann, sicherlich der Rechtsberater der Nazis, verrät auch hier eine große Portion Unkenntnis; denn von den 216 Wahlvorständen, die es bei der Arbeitskammerwahl gab, hatte keiner mit der Ungültigkeitserklärung etwas zu tun, sondern diese erfolgte durch den Wahlkommissar.

Die Gründe der Ungültigkeit sind den Nazis mündlich mitgeteilt worden. Sollten sie so gedächtnischwach sein, um einen Ueberbringer der Liste mündlich gegebene Begründung durch den Wahlkommissar nicht behalten zu können? Fast scheint es so.

Die Ueberbringer erklärten bei dieser Gelegenheit dem Wahlkommissar gegenüber selbst, daß diejenigen, die die Vorschlagsliste zusammengestellt haben, Wurz gemacht hätten. Sie waren also selbst davon überzeugt, daß der Wahlkommissar beim besten Willen die Liste nicht für gültig erklären konnte. Bemerkenswert, daß am 18. März der Nazimann Kirstein von Reddinghausen sich bei der Arbeitskammer über die Zahl der aufzustellenden Kandidaten erkundigte und ihm auf Veranlassung des Wahlkommissars eine Wahlordnung zugestellt wurde. Der zweite Kandidat auf ihrer Vorschlagsliste, Hilmar Bach, war über die Ungültigkeitserklärung so erbost, daß er auf dem Geschäftszimmer der Arbeitskammer erklärte, anstatt in die Wahlordnung hineinzugehen, habe man darauf geschlafen. Wahrscheinlich waren die Herren vom Dritten Reich der Meinung: „Den Sinnen gibts der Herr (in diesem Falle Hitler) im Schlaf.“ So hatten sie es auch verschlafen — Verzehrung verabsäumt —, gegen die Entscheidung des Wahlkommissars Beschwerde beim Wahlauschuß einzureichen, obwohl der Wahlkommissar die Ueberbringer der Liste zu allem Ueberfluß darauf aufmerksam gemacht hatte.

Zur praktischen Arbeit gehört eben auch etwas mehr, als „Heil Hitler!“, „Juda verrecke!“ und „Deutschland erwache!“ zu rufen. Wenn die Nazis mit „Deutschland erwache!“ sich selbst meinen, dann allerdings haben sie nach den eigenen Angaben alle Ursache zu erwachen, nämlich aus ihrer grenzenlosen Dämlichkeit. Auch diese haben sie sich selbst bescheinigt. Auf Pluto Thies war der Wahlkommissar gezwungen, einen neuen Wahlvorstand zu ernennen, weil der ursprünglich namhaft gemachte und vom Wahlkommissar ernannte Naziwahlvorstand dem Betriebsführer gegenüber sich für unfähig erklärte, die Wahlhandlung zu leiten. Zwei Tage vor der Wahl mußte der Wahlkommissar den Naziwahlvorstand von Germania abberufen und einen neuen ernennen, da der alte Wahlvorstand für die ordnungsmäßige Durchführung der Wahl keine Gewähr leistete. Von 216 Wahlvorständen setzten sich zwei aus Nazis zusammen; der eine erklärte sich selbst für unfähig, der andere mußte noch

HAUS UND LEBEN

Ein Arbeiter als Künstler.

Gelegentlich eines Aufenthalts in Braunfels (Bahn) lernten wir Gemälde eines Arbeiters kennen, die in ihrer Wirkung so stark sind, daß wir einige Nachbildungen so wie eine Würdigung aus künftiger Feder hier folgen lassen:

Wilhelm Schleifer. Schlossergehülfe und Maler.

Der Großvater väterlicherseits von Wilhelm Schleifer war Kunstreicher und spielte die Klarinette. Sein Vater war Dachdecker. Die Eltern nahmen den am 24. Oktober 1889 in Braunfels im Taunus geborenen Sohn Wilhelm 1890 mit nach Amerika. Dort in Philadelphia verlebte Schleifer die ersten Kindheitsjahre. Nachdem seine Mutter dort 1894 im Wochenbett verstorben war, brachte ihn der Vater seiner Mutter, Georg Schneider, ein kleiner Landwirt, dem die fürstliche Vieche unterstellt war, 1895 wieder nach Braunfels zurück, wo er bei diesen Großeltern aufwuchs und die Braunfeler Volksschule besuchte. Schleifer erinnert sich noch heute seiner amerikanischen Kindersjahre, des seiner Wohnung benachbarten hohen Uhrturms, der Fabriken über den Delaware, des schwarzen Rocks im Speise-



Abb. I: Kiefer im Odenwald.

haus, des besetzten Chinesen der Wäscherei, des Orgelmanns mit dem Hefchen, der mit weißen Ziegenböden bespannten Wagen usw.

In Braunfels interessierten sich seine Mitschüler nicht nur intensiv sondern auch destruktiv für die Hängematte, die er aus Amerika mitgebracht hatte. Daß sie kaputt ging, war wohl in Deutschland sein erster Kummer. Viele aber hänselten und bemaukerten den „Amerikaner“ und fragten ihn, ob er auch bogen könne. Anfängliche Verschwierigkeiten, seine „mixed language“ und ein amerikanischer Tonfall der Stimme gaben seinem ersten „Bädagog“ Anlaß zu Spott, so daß dem Bub der Schulbesuch geradezu eine Qual war. Aber bei den Großeltern hatte das verwaiste Kind es gut und der Enkel erwiderte die Liebe später durch aufopfernde Pflege der alten Leute.

Die bunten Bilder der Indianerbücher erregten derart sein Interesse, daß er auch lesen wollte, was im Text dazu geschrieben war und durch diese Neugierde gelang ihm schließlich die Entzifferung der gotischen „Hieroglyphen“. Aber am liebsten triefelte er Bildchen. Farbtafeln war sein einziger Kinderwunsch und der Aufenthalt in dem seiner Wachweise nahen Wald seine größte Freude.

Am 1. Juni 1906 kam er in die Lehre beim Schlossermeister W. Gondebusch in Braunfels, der ihm nach Ablauf von drei Jahren ein glänzendes Zeugnis ausstellte, worin es u. a. heißt: „Sein Fleiß und seine Auffassungsgabe waren erstklassig.“ Er war dann als Schlossergehülfe und im Baugewerbe tätig, zunächst in Burgsolms, dann im Elsaß, bis der Krieg ausbrach, den er von Beginn (Schlacht bei Sarburg), zunächst an der West-, alsdann an der Ostfront (in Galizien Verwundung der linken Hand) bis 1917 mitschmeckte, in welchem Jahr er als Kolonnenführer zum U-Bauebau nach der Wasserlinie abkommandiert wurde. Dort erlebte er Revolution und Kriegsende. Er kehrte dann in das heimliche Solmsland zurück, zunächst auf Arbeit nach Burgsolms, bis er 1923 als Reparaturschlosser in der Braunfeler Brauerei Weill Anstellung fand, in welchem Betrieb er noch heute tätig ist.

Im Jahre 1913 ging Schleifer an nach der Natur in Del zu malen. Unterricht in der Malerei hat er von niemandem gehabt. Er ist auf diesem Gebiet tatsächlich nur selbstaeman bzw. Autodidakt. Sein Lehrmeister war einzig und allein nur die Natur. Wenn andere in die Schenke gehen oder ihre farge Freizeit mit Rauchen vertrödeln, geht Schleifer hinaus in sein liebtes Element: den Wald, und malt; nicht etwa des Geberwerds halber,



Abb. II: Versinkender Wald bei Sonnenantergang.

sondern lediglich aus Freude an dieser Kunst, in der es zu einer selbstzufriedenen Fertigkeit zu bringen sein mit dem Geleisteten stets unzufriedenes Bestreben ist. Freilich noch ist er nicht so weit wie der berühmte Waldmaler August Kehler (1826—1906), dessen resigniertes Altersbekenntnis: „Auch im endlosen Ringen ohne Erreichen liegt zuletzt Befriedigung und Glück“ für ihn, den



Abb. III: Farngrötte mit Hirschzungen.

rastlos nach künstlerischer Vollendung strebenden 42er noch keine Geltung hat. Aber was Schleifer mit breitem und spitzen Pinsel in der fargen Freizeit mühsam mit seiner derben Schlosserhand an wichtigen Kunstwerten geschaffen, ist nicht etwa Dilettantismus, sondern Produktion einer genuinen Kunstler-schaft. Ich lasse nun in Wort und Bild die Beschreibung dreier in meinem der Allgemeinheit unentgeltlich zugänglichen Museum befindlichen Schleiferischen Studien folgen:

Abbildung I. Eine Kiefer an einem roten Sandsteinhang des Odenwalds. Schleifer hatte sie auf Urlaub, den er dort in der Heimat seiner Frau verbrachte, gemalt und zwar so genau, daß der Dendrologe sich nicht zu beschweren braucht, man könne auf modernen Bildern Fichte, Tanne und Föhre nicht unterscheiden. Schleifer verehrte mir das Bild zum Dank dafür, daß ich darauf hingewiesen hatte, es sei nicht recht, zu rauchen und darum seinen Kindern nur Margarine statt Butter aufs Brot zu geben. Wollen sie eine königliche Tat und schon den Kindern zuliebe müsse man auf das in vieler Hinsicht schädliche Rauchen verzichten.

Abbildung II. Versinkender Wald bei untergehender Sonne: ein „Brudtal“ auf dem „dürren Nickel“ über Braunfels gemalt. Es war dort nach Erzen gegraben worden. Die Bodendecke samt den absterbenden Gespensterbüchen sank ein und die Senke füllte sich mit Wasser und Algen. Im Hintergrund scheint durch eine Lichte das Abendrot. Auch hier sind die Büchen (man beachte die rechts und links flankierenden noch gesunden Stämme) einwandfrei als solche erkennlich.

Abbildung III. Die Hirschzungen (Scolopendrium officinale) der Farngrötte meines Museumgartens hat Schleifer in zahlreichen Stellungen, Sonntags und an Feiertagen, mit botanischer Genauigkeit gezeichnet. Ich hatte die Rhizome einst aus zwei Gebirgsschluchten, aus dem Schweizer Jura und dem Jammertal, hierher verpflanzt und habe diese Farne dank künstlicher Verleselung derart eingewöhnt, daß den alten wohl hundertjährigen Stöcken in natürlicher Verjüngung da und dort in den Felspalten bereits junger Nachwuchs heranwächst. Die ganzrandigen, gewellten, smaragdgrünen Wedel sind in ihrem eleganten Bogenstreich durch Schleifer getreulich in Del kopiert und von so wichtigen Botanikern wie Archivat Dr. Eggers und Dr. Theo Arzt lediglich aus einem Bild aufs Bild sofort als Hirschzungen angeprochen worden.

Dank der Freundlichkeit der Herren C. Girz, Friedrich Regel und Würz bringe ich hier nicht nur die erwähnten drei Wieder-



Abb. IV: Wilhelm Schleifer.

gaben von Schleifers Kunst, sondern außerdem (vergl. Abbildung IV) eine Aufnahme des Malers selbst in der erwähnten von ihm gemalten Farngrötte.

Wenn ich mit diesem behilderten Aufsatz den von mir wegen ihrer irdischen Mühsal besonders wertgeschätzten Bergarbeitern etwas Unterhaltungslektüre bieten durfte, so sei nicht vergessen, daß ich die Anregung zu dieser Würdigung des Arbeitermalers Freunden vom Bergarbeiterverband verdanke.

Möchte dem guten Schleifer, der so gern zu den Wolken schaut, die Kunst nicht nur der Himmel seiner Träume sein, sondern auch das helle Bergmannslicht bleiben durch die Not und Finsternis unserer Zeit.

Dr. med. et phil. Fr. Kanngießler in Braunfels (Kr. Wetzlar).

Innerliche Freuden des Blinden.

Lieber Leser! Ich biete dir einen besonderen Blick in das Seelenleben jener, die in ewiger Nacht wandeln. Zwar will ich nicht von dem Grauen jenes Dunkels kündigen, sondern ich spreche von den innerlichen Freuden. Du wirst über meine nachstehende Erzählung sehr erstaunt sein, aber trotzdem entspricht sie der vollen Wahrheit.

Oft wirst auch du schon darüber nachgedacht haben: was macht wohl ein Blinder den ganzen Tag! Du wirst wohl bereits von unseren Blindenberufen gehört haben oder hast sogar schon bei erblindeten Handwerkern arbeiten lassen! Vielleicht besitzt du sogar einen blinden Freund oder eine blinde Freundin oder sogar einen blinden Bruder oder eine blinde Schwester? Dann schließt du bei ihnen, wie fleißig sich ihre Hände regen. Ist aber die Arbeit vollendet — was dann? —, dann nehmen wir unseren Führer und dann — dann geht's ja ins Freie. Auch wir wollen uns an der schönen Natur erfreuen. Wir wandern wie früher, als wir noch sehend waren, mit unserem ebengenannten Begleiter durch Wald und Flur. Doch kann dies hauptsächlich nur im Sommer der Fall sein. Aber was machen wir im Winter? — Na, da gibt es andere Unterhaltungen für uns. Erstens vertreiben wir uns durch Lesen mittels Blindenschrift die Zeit. Literarische Werke oder Gedichte erfreuen unser Inneres. Auch können verschiedene Blinde Karten spielen; aber nicht nur unter sich, es spielen sogar die lieben Sehenden mit ihnen. Es sind gewöhnliche Spielkarten. Nur mit dem Unterschiede, daß an den Ecken Punkte gestochen sind. Aber nicht nur dies erfreut uns. Auch spielen wir mit Sehenden und unter uns Schach, Dame und Mühlychen. Diese Spielbretter sind erhaben. An den Schach-, Dame- und Mühlychenfiguren sind erhabene Zeichen angebracht. Auch schreiben manche Blinde in den freien Stunden Gedichte, Erzählungen usw. Kommt die liebe Weihnachtszeit, dann spielen wir sogar mit Sehenden Theater; führen auf der Bühne Einakter auf und erfreuen somit besonders auch unsere Mitmenschen.

In verschiedenen Ortsgruppen haben wir sogar mit Sehenden einen Kegelflub gegründet. Im Frühjahr 1929 war ich nach Herne zu einem Preisfesten eingeladen. Ich hatte noch nie in meinem Leben gefegelt. Aber nach einigen Uebungen gelang es mir, das Kegeln zu erlernen. Ich durfte auch an dem Preisfesten teilnehmen. Es gelang mir, auch einen Preis zu machen. Ueber den Hergang des Kegels möchte ich folgendes bemerken. Am Anfang der Regelbahn, und zwar in der Mitte, ist eine etwa ein halbes Meter lange Holzleiste angebracht. Hier stellt der blinde Regler das linke Bein vor die Leiste, und wie der sehende Regler, macht er dieselben Bewegungen. Ich spreche aus eigener Erfahrung, zumal ich persönlich sehr gute blinde Regler kenne. Auch im Sport macht der Blinde Fortschritte, u. a. im Schwimmen. Der Gesang hat bei den Blinden auch eine Pflegestätte. In mehreren Ortsgruppen hat man gemischte Chöre gegründet.

Nun habe ich dir, mein lieber Leser, einen besonderen Blick in das Blindenleben gegeben! Besonders darf ich im Namen aller meiner Leidensgefährten hiermit unseren Mitmenschen meinen aufrichtigsten Dank aussprechen. Wir bilden mit ihnen eine treue Gemeinschaft. Dann spreche ich auch der Redaktion der „Bergbau-Industrie“ meinen aufrichtigsten Dank aus, die schon so manches Manuskript von mir veröffentlicht hat.

Ein „Glückauf“ rufe ich allen zu.

Friedrich Paga, Bochum (blind).

600 000 Deutsche seit Kriegsende ausgewandert.

Nach der überfeyischen Auswanderungsstatistik, deren Angaben im „Reichsarbeitsblatt“ von Oberregierungsrat S. Schmidt ergänzt und ausgewertet werden, sind in den Jahren 1919 bis 1930 insgesamt 579 247 Deutsche nach Uebersee ausgewandert. Das ist eine wieder außerordentlich gestiegene Auswanderungsbewegung nach dem Kriege, wenn man in Rechnung zieht, daß der Jahresdurchschnitt 1904 bis 1913 rund 26 000 deutsche Auswanderer betrug. Während sich die Jahre 1919 und 1920 noch zurückhielten, brachte schon das Jahr 1921 mit über 24 000 deutschen Auswanderern die Wiederannäherung an den Vorkriegsstand. Im Inflationsjahr 1923 ging die Auswanderungsziffer sprunghaft in die Höhe und reichte mit 115 416 Auswanderern nahezu an die Ziffer von 1892, des letzten Rekordjahres der Vorkriegszeit. Nach den Schrecken der Inflation war der Auswanderungsdrang zunächst durch die Festigung der Währung und durch große Geldknappheit stark eingebremst. Von 1923 auf 1924 ging die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von 92 808 auf 22 474 zurück. Der Dollar hatte an Anziehungskraft eingebüßt, bis dann von 1926 ab die Arbeitslosigkeit aufs neue den Auswanderungsdrang entfachte: 1926 rund 65 000 und 1927 rund 61 000 deutsche Auswanderer. Der scharfe Rückgang von 1928 auf 1929 und noch mehr von 1929 (rund 49 000) auf 1930 (rund 37 000) beruht ganz überwiegend auf der Einwanderungssperre der Vereinigten Staaten, deren volle Auswirkung erst in diesem Jahre zu erwarten ist. War der Monatsdurchschnitt im Jahre 1930 noch über 3000, so betrug er in den ersten drei Monaten des Jahres 1931 noch nicht einmal 1000. Von den insgesamt 579 247 deutschen Auswanderern nach Uebersee zwischen 1919 und 1930 stammten rund 259 000 oder 44,7 Prozent aus Preußen. Innerhalb Preußens steht die Provinz Brandenburg und Berlin an erster Stelle. Dann kommen die Rheinprovinz und die Provinz Hannover. Unter den übrigen deutschen Ländern steht Bayern mit 81 600 oder rund 15 Prozent der Gesamtauswanderer ziffernmäßig an erster Stelle. Es folgt Württemberg mit rund 49 000 oder 9 Prozent, Baden mit rund 39 000 oder 7 Prozent, Sachsen mit 33 000 oder über 6 Prozent und Hamburg mit 31 000 oder fast 6 Prozent. Im Verhältnis zur Kopizahl der Bevölkerung folgten sich Bremen mit 382, Hamburg mit 312, Württemberg mit 197, Baden mit 164 und Oldenburg mit 149 Auswanderern auf je 1000 Einwohner. WK.

35. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 23. bis 29. August 1931

Vom holländischen Bergarbeiterverband.

Unser holländischer Bruderverband hielt am 15. und 16. August 1931 in Heerlen seine fällige, alle zwei Jahre stattfindende Generalversammlung ab, zu der von unserem Verband der Kamerad Lehmann entsandt war. Die holländischen Kameraden haben nicht nur mit den Unternehmern zu kämpfen. Ihr Kampf wird erschwert durch die starke Gegnerschaft der Geistlichkeit. Der holländische Bergbau ist in der ausgesprochen katholischen Provinz Limburg konzentriert, in der die Geistlichkeit einen außerordentlich starken Einfluß ausübt, den sie zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften ausnützt. Unter diesen Umständen ist die Entwicklung des holländischen Verbandes in der Berichtszeit als recht befriedigend zu bezeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 2141 auf 3026, während das Verbandsvermögen von 160 000 auf 212 000 Gulden wuchs. Diese Zahlen zeugen von einer sehr rührigen Tätigkeit der Funktionäre. Sehr bedauert wird, daß die eingemanderten deutschen Bergarbeiter organisatorisch sehr schwer zu erfassen sind. Ein Teil derselben hat den Anschluß an unseren Bruderverband zwar gefunden, und insoweit diese Funktionen innehaben, wird ihre Tätigkeit sehr anerkannt. Der größere Teil der Deutschen ist dagegen unorganisiert.

Der tatsächliche Einfluß des holländischen Verbandes auf die Bergarbeiterschaft ist stärker als die Mitgliederzahl vermuten läßt. Das zeigt sich insbesondere an dem Ergebnis der Knappschafftswahl, bei der die freie Gewerkschaft 25 Mandate erhielt, während der viel stärkere katholische Verband etwa 32 Mandate

errang. Hieraus ist zu entnehmen, daß für die freie Gewerkschaft noch ein großes und fruchtbares Agitationsfeld vorhanden ist. Den Höhepunkt der Tagung bildeten zwei Referate der Kameraden van der Bilt und Kramer. Van der Bilt ist der erste Vorsitzende, der über die internationale Kohlenwirtschaft sprach und besonders eingehend und gut unterrichtet die deutschen Verhältnisse behandelte. Kramer sprach über die Sozialversicherung, die stellenweise leidenschaftliche aber zustimmende Zurufe auslöste.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden eine Anzahl Forderungen aufgestellt. Die wesentlichsten Forderungen der holländischen Kameraden sind in Deutschland bereits verwirklicht. Dazu zählen die Anerkennung der Silikose als Berufsunfall und das Recht, Verbandsangestellte in den Vorstand der Knappschafftsrat entsenden zu können. Eine dritte wichtige Forderung bezweckt Unterstellung der Bergarbeiter unter den staatlichen Pensionsfonds. Dieser Fonds ist für die Arbeiter beitragsfrei und wird den Bergarbeitern mit dem Hinweis vorbehalten, daß sie der Knappschafftsrat (zu der Beiträge geleistet werden müssen) angehöre.

Die diskussionsreiche, aber sehr sachlich und kameradschaftlich verlaufene Tagung wurde mit einem Schlußwort des zweiten Vorsitzenden beendet. Diese Ansprache enthielt eine besonders herzlich gehaltene Glückwunschadresse an die deutschen Bergarbeiter, die von den deutschen Kumpels ebenso herzlich beantwortet wird.

Aus dem Ruhrrevier.

In der Privatklagesache

des Vorsitzenden des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Friedrich Hagemann in Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, Privatklägers, gegen

1. den Reichstagsabgeordneten und Schriftleiter Wilh. Florin in Essen, Rheinische Straße 21, geboren am 16. März 1894 zu Köln-Poll;
2. den Redakteur Erich Birkenhauer in Essen, Baumstr. 4, geboren am 21. Januar 1903 zu Essen;
3. den Redakteur Hermann Schröder in Essen, Kerckhoffstr. 24a, geboren am 27. August 1883 zu Altwasser, Angeklagte, wegen Beleidigung.

Die Angeklagten werden wegen übler Nachrede und Beleidigung ein jeder zu einer Geldstrafe von 150 M., ersatzweise zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt.

Auf die Widerklage der Angeklagten gegen den Privatkläger wird das Verfahren für unzulässig erklärt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils innerhalb sechs Wochen nach Rechtskraft in den Zeitungen: „Ruhr-Edo“ (Essen) und „Die Bergbau-Industrie“ (Bochum) je einmal auf Kosten der Angeklagten bekanntzumachen.

Nazis und Kozis, alles verfaulicht.

Unseren Kameraden ist es bekannt, daß eine Menge früherer Kommunisten ins Lager der Nazis abgewartet ist. Andererseits ist aber auch eine Menge Nazileute zur bolschewistischen Seite übergegangen. In einer Essener Standartenversammlung der Hitler SA-Leute wurde mitgeteilt, daß 90 Prozent der anwesenden SA-Leute frühere Rotfrontkämpfer seien. Das ist natürlich, wie alles, was die Nazis erzählen, maßlos übertrieben, aber auch die Erfahrungen in den Betrieben zeigen, daß ein ständiges Hinüberwechseln von den Kommunisten zu den Nazis und umgekehrt stattfindet. Die Kommunisten, die zu den SA-Leuten kommen, erhalten von ihrer Leitung die Weisung, von ihrem Uebertritt in den Betrieben einstuweilen nichts merken zu lassen, um so besser in der Lage zu sein, auf ihre früheren Freunde im Sinne der Nazis zu wirken. Unsere Kameraden werden gut tun, überall ein scharfes Auge auf diese Patentproleten zu haben und Beachtenswertes der Organisationsleitung mitzuteilen.

Ein Totgeglaubter schreibt aus Rußland.

Unter obiger Überschrift bringt die tschechische Monatszeitschrift „Vystehovalec“ („Der Auswanderer“) vom 15. Juli d. J. folgende Nachricht:

„Der Josef Janfel aus Olmütz (jetzige Tschechoslowakei) verstarb im Jahre 1915 die Kriegsruhm an der russischen Front, und von der Zeit an kamen keine Nachrichten mehr von ihm. Schon längst wurde er von seinen Verwandten als tot beweint, und als im Orte ein Gefallenendenkmal errichtet wurde, meistelte man auch seinen Namen mit ein. Wie groß war aber die Ueberaschung der Verwandten Janfels, als in diesen Tagen seine Schwester von ihm einen Brief bekam. Janfel teilt seiner Schwester mit, daß er in Rußland geheiratet und zwei Kinder hat. Er sei in Sibirien in einer Fabrik als Chauffeur beschäftigt und es gehe ihm angeblich gut. Wahrlich, weiß er noch nichts vom Zerfall Oesterreich-Ungarns, denn der Brief war adressiert nach Olmütz in Oesterreich.“

Und für sich keine gar so überraschende Neuigkeit. Ähnliches haben wir ja schon so oft gelesen. Aber der letzte — vom Einrunder unterstrichen — Satz muß einem doch zu denken geben. Der glücklicherweise noch lebende Josef Janfel scheint nämlich noch ein sehr dummes Mensch zu sein, wenn er heute — nach 18 Jahren — noch nicht weiß, daß in Mitteleuropa Revolution war und daß die Landkarte geändert wurde. Oder sollte er gar auch von der russischen Revolution nichts wissen? Da sind unsere Rußlanddelegierten von der RSD. doch andere Kerle.

Ein Beispiel: Die UdSSR. ist ein Komplex von 21 236 100 Quadratkilometer. Die politische und administrative Gliederung der UdSSR zeigt neben und im Rahmen der sieben Bundesrepubliken drei transkaukasische Republiken als Bestandteile der Transkaukasischen Bundesrepubliken, 15 autonome Republiken (im Rahmen der einzelnen Bundesrepubliken), 18 autonome Gebiete, 14 Bezirke und Gauen, 15 Druugi (Kreise), 2697 Rayons. Die Zahl der Städte in Sowjetrußland beträgt 698. Es bestehen weiter 490 Arbeiterorte und 69 848 Landgemeinden.

Diesen „Pappenstiel“ bereiten unsere Superklugen RSD.-Leute in kaum vier Wochen und erzählen uns dann „haargenau“ und „wahrheitsgemäß“, wie es in Rußland aussieht. Das soll denen mal jemand nachmachen! Wer laßt da?!?

Aus dem Saarrevier.

Im Namen der Regierungskommission des Saargebietes!

Urteil.

In der Privatklage des Bergmanns Emil Meyer, Büttlingen (Saar), Mühlenberg, Privatkläger; Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwälte Lehmann und Dr. Sender, Saarbrücken, gegen den Ostar Müller, Sekretär der Kommunistischen Partei, Wiebelskirchen (Saar), Beschuldigte, wegen übler Nachrede hat das Schöffengericht in Saarbrücken in der Sitzung vom 17. Juli 1931, an welcher teilgenommen haben: Amtsgerichtsrat Baluschek als Vorsitzender, Webel, Oberkirch als Schöffen, B. H. A. Kolinger I als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 Frank, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je 50 Fr. ein Tag Gefängnis tritt, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem beleidigten Bergmann Meyer wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils binnen eines Monats nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils an den Privatkläger einmal in der Zeitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekanntzumachen. gez.: Baluschek; gez.: Kolinger I.

Sitzung des Saarnappschafftsvorstandes

am 28. Juli 1931.

Erneute Sanierung der Pensionskasse.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß infolge der notwendig gewordenen Abbaumassnahmen seitens der Bergverwaltung die Verhältnisse in der Pensionskasse sich gegenüber dem Vorjahre wieder merklich verschoben haben. Während im Vorjahre noch ein durchaus zufriedenstellender Ueberschuß erzielt werden konnte, ist dies jetzt nicht mehr möglich, da die Einnahmen durch Verringerung der Zahl der Beitragszahler geringer, die Ausgaben aber durch eine weitere beträchtliche Erhöhung der Zahl der Pensionäre wesentlich gesteigert sind. Diese Verschlebung tritt bereits so stark in Erscheinung, daß Vorsorge für die Zukunft getroffen werden muß, denn es müße unbedingt die Pensionskasse lebensfähig erhalten werden und die Einnahmen müßten ausreichen, um die laufenden Ausgaben zu decken, um den Bestimmungen des Gesetzes zu entsprechen. Die Krankenkasse sei zwar ebenfalls nicht mehr in dem Maße gesund, wie es noch im vorigen Jahre der Fall gewesen wäre, aber bei dieser Kasse erlaubten die gesetzlichen Bestimmungen, die vorhandenen Reserven zur Deckung eventueller Fehlbeträge in Anspruch zu nehmen. Die Entwicklung der Verhältnisse bei diesen beiden Kassen veranlassen den Vorsitzenden, den Vorschlag zu machen, den Beitrag zur Krankenkasse um 4,50 Fr. für jede Seite zu verringern und diesen Betrag als Beitragserhöhung der Pensionskasse zu lassen.

Gewerkschaftssekretär Michely (Gewerksverein) stimmt auf Grund der vorgetragenen Verhältnisse dem Vorschlage zu mit dem Hinzufügen, daß innerhalb des Verwaltungsausschusses diese Frage schon eingehend erörtert worden sei und man sich von der Zweckmäßigkeit überzeugt habe, denn eine Mehrbelastung durch Beitragserhöhung zugunsten der Pensionskasse sei auch für die Arbeitnehmer bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr tragbar. Wohl hätten die Arbeitnehmer, wenn es für die Krankenkasse tragbar ist, lieber eine Erhöhung der Krankenkassenleistungen gesehen, aber die Lage sei zwingend und lasse bedauerlicherweise zur Zeit eine andere als die vorgeschlagene Lösung nicht zu.

Vorstandsältester Rammo (Verband) schlägt sich den Ausführungen ebenfalls an, legt aber Wert darauf, daß diese Beitragsverschiebung befristet wird und sich auch die Arbeitgeberseite verpflichtet, während dieser Frist keinerlei Abbau der Krankenkassenleistungen vorzunehmen.

Die Beitragsverschiebung wird für die Zeit vom 1. August 1931 bis zum 31. Juli 1932 beschlossen. Sie erfolgt nur für die Mitglieder der Arbeiterkrankenkasse. Für die Mitglieder der Angestelltenkrankenkasse bleiben die bisherigen Sätze bestehen.

Bei diesen Erörterungen über die Lage der Krankenkasse hat die Verwaltung noch darauf hingewiesen, daß die Ausgaben dieser Kasse im Laufe dieses Jahres stärker gestiegen sind, als die Ergebnisse des Vorjahres hatten erwarten lassen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die zahlreichen Feiertagen diese erhöhten Ausgaben, die vor allen Dingen beim Krankengeld und bei den Ausgaben für Arznei in Erscheinung treten, mit verurfacht haben. Der Vorstand beauftragt die Verwaltung, alle Ärzte noch einmal darauf hinzuweisen, daß bei Verschreibung von Medikamenten eine wirtschaftlichere und sparsamere Verordnungsweise zur Anwendung kommen müsse.

Wahl der Dreiarztekommmission.

Die bisherigen Mitglieder der nach § 166 Abs. 3 der Satzung zu bildenden Dreiarztekommmission, deren Amtsperiode Ende Juli d. J. abläuft, wurden auf die Dauer eines Jahres wiedergewählt.

Nochmals Arztwahl in Bergbach.

Dem von Dr. Schmidt und den beiden Knappschafftsältesten von Mittelbergbach gestellten Antrag, den Mitgliedern, die Dr.

Gansen gewählt haben, die Möglichkeit zu geben, zu Dr. Schmidt zurückzuwählen, wird stattgegeben. Die Umwahl soll in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Weise durchgeführt werden.

Gehaltsabbau.

In Auslegung seines Beschlusses vom 16. Juli 1930 Ziff. 10 stellt der Vorstand fest, daß dem sechsprozentigen Gehaltsabbau sämtliche Gehälter ohne Begrenzung nach unten unterliegen.

Anschließend gibt die Verwaltung davon Kenntnis, daß durch Verordnung der Regierungskommission die Honorare aller Ärzte ab 1. Juli d. J. um 6 Prozent ermäßigt worden sind.

Von den Saargruben.

Die Verwaltung der Saargruben hat im Monat Juli noch 467 Bergarbeiter entlassen. Die Entlassung erfolgte ohne einen bestimmten Plan, nach der Willkür der einzelnen Grubenverwaltungen. Im August sind Entlassungen nicht mehr erfolgt. Die Feiertagen, welche im Monat Juni und Juli bis zu acht im Monat betragen, sind infolge des damit verbundenen Lohnausfalles für die Bergarbeiter untragbar. Im August sind fünf Feiertagen vorgezogen, welche sich für die einzelnen Gruben auf sechs erhöhen. Die Grubenverwaltung begründet die letzte Maßnahme mit dem Streit der Dillinger Hüttenarbeiter und der damit verbundenen Nichtabnahme der sonst verbrauchten Kohlen.

Die Maßnahme der französischen Regierung zur Hebung des Absatzes der französischen Brennstoffe, zu welchen zur Zeit auch die Saarkohlen gehören, haben sich im Saargebiet im August noch sehr minimal ausgewirkt. Die weitere Auswirkung wird von den Gewerkschaften verfolgt.

Die Wirtschaftskrise wird von einzelnen Grubenverwaltungen benutzt, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Auf Inspektion III, von der Heydt, ist ein als Arbeiterpeiniger besonders bekannter Fahrsteiger Reinhardt, welcher dortselbst sein arbeiterfeindliches Wesen treibt. Selbst die Bergaufsichtsbehörde mußte sich wiederholt mit den Praktiken dieses Beamten beschäftigen. Gedingeabschluß und Entlohnung der Arbeiter erfolgen gegen die Bestimmungen der Arbeitsordnung. Die Arbeiter werden bei Strafe gezwungen, ihr Brot bei ihrer Arbeitsstelle einzunehmen. Die Gewerkschaften sind dabei diesem ungehörigen Treiben auf der Inspektion von der Heydt ein Ende zu machen.

Auf Inspektion Götteborn steht das Ueberschichtenwesen in voller Blüte. Während die Belegschaft im Monat Juli neunzehn Schichten versuhr, gab es Kameradschaften, in welchen bis zu zweiunddreißig Schichtenverfahren wurden. Die Arbeitszeit wird auf Verlangen der Beamten täglich um mehrere Stunden überschritten. Dem Arbeiter, welcher seine gesetzliche Arbeitszeit einhalten will, wird mit Verleugung und Entlassung gedroht. Es kommt sogar vor, daß Arbeiter zwei und drei Schichten hintereinander versuhren. Der Verband arbeitet zur Zeit an der Beseitigung dieses gesetzwidrigen Zustandes. Die Aufsichtsbehörde, das Oberbergamt, ist zum Einschreiten benachrichtigt.

Auf den Gruben der Inspektion II, besonders der Schachtanlage Calanet, versuchen Beamte des Saarbundes, durch allerlei Maßnahmen die Arbeiter zu beeinträchtigen, um Mitglieder des Saarbundes zu werden. Auf dieser Schachtanlage herrscht der bekannte ehemalige deutsche Offizier Rosenbeck, welcher sich im Sinne des Saarbundes und somit der Abstimmungsannexion betätigt. Einzelne Beamte, wie ein Herr Hartmann und Groleus, sind die gefügigen Werkzeuge und werden selbst zu Spitzelarbeiten bei deutschen Tagungen benutzt.

Der Verband mußte sich wiederholt an die Generaldirektion der Saargruben wenden, um seine Mitglieder gegen den Saarbundsterror auf der Arbeitsstelle zu schützen. Saarbündler werden zu Arbeiten an Feiertagen bevorzugt. Die Mitgliedschaft des Saarbundes soll vor Entlassung schützen. Den Arbeitern in den Werkstätten wird mit Verleugung vor Kohle gedroht, wenn sie sich nicht dem Saarbund anschließen.

Die feilsche Zermürbung der Bergarbeiter bei ihrer schweren Arbeit treiben diese Beamten auf die Spitze. Die Generaldirektion erließ einen Anschlag auf den Gruben, daß niemand gezwungen wird, seine Kinder in die französische Schule zu schicken. Die einzelnen Gruben treiben jedoch ihre französische Schul- und Saarbundspolitik unter Drohung und Begünstigung weiter.

Auf der Grube Frankenholtz hat wieder einmal ein Steiger seine Kenntnisse durch Verschimpfungen und Mißhandlungen der Bergarbeiter bewiesen. Die Grube importiert dauernd junge Beamte aus Sachsen. Es scheint, daß diese Verschüler nicht zu dem sprichwörtlich gemüthlichen Volksteil gehören. Herrn Knöfzler wäre zu empfehlen, seine bergmännischen Studien zwecks Behandlung der Bergarbeiter noch zu vervollständigen. Der Herr hat nämlich einem Arbeiter in das Gesicht geschlagen. Das Ergebnis war eine bergmännische Abreibung und die Folge: Entlassung von drei Kameraden. Beide Teile haben Strafantrag gestellt.

Wir verlangen von der Grubenverwaltung, wenn festgestellt wird, daß der Beamte zuerst geschlagen hat, die Wiedereinstellung der Arbeiter. Es ist an der Zeit, daß die Saarbergarbeiter das unwürdige Joch der Behandlung durch die Saarbundbeamten sowie der einzelnen Unterdrücker der Arbeiterrechte beseitigen. Das geschieht jedoch nur, wenn alle Bergarbeiter einmütig diese Zustände abwehren.

Hunderte sind unorganisiert! Reißt dieselben ein in die Kampffront des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter!

Die Belegschaften der Saargruben.

Die Generaldirektion der Saargruben hat über die Zahl der Arbeiter, deren Wohnort und Familienangehörigen eine Statistik nach dem Stand vom 1. Januar 1931 herausgegeben.

Wir entnehmen der Statistik folgende bemerkenswerte Zahlen:

Die Gesamtbelegschaft einschließlich der Vertragsangestellten betrug am 1. Januar 1931: 54 604 Personen, davon waren ledig 16 318 = 29,88 Prozent, verheiratet 37 508 = 69,24 Prozent, Witwer 453 = 0,83 Prozent, geschieden 25 = 0,05 Prozent; Familienangehörige: 37 508 Frauen, 93 501 Kinder, 2985 Eltern und Großeltern, 1818 Geschwister; 136 112 Angehörige insgesamt, 54 604 Bergarbeiter, zusammen also 190 716 Personen.

Die Arbeiter verteilten sich auf die einzelnen Inspektionen Ende 1930 (in Klammern für 1925): Inspektion I Emsdorf 2611 (2754), Inspektion II Loufsenthal 5743 (7829), Inspektion III von der Heydt 1646 (2582), Inspektion IV Dudweiler 5313 (6241), Inspektion V Sulzbach 3741 (5572), Inspektion VI Heiligenwald 6630 (7788), Inspektion VII Spiefen 5787 (6698), Inspektion VIII Neunkirchen 3769 (5612), Inspektion IX Friedrichsthal 4493 (6037), Inspektion X Walschiedel 2718 (4415), Inspektion XI Filschbach 4854 (4641), Inspektion XII Geislauren 3080 (3844), Division St. Ingbert 1147 (1881), Division Bergbach 834 (1180), Elektrotreiberie 723 (638), Hafen Malfadt 352 (400), Kokerei Heiniß 697 (665), Magazinverwaltung 293 (557), Generaldirektion 173 (241), zusammen 54 604 (69 575).

Die stärkste Belegschaftsziffer hat die Inspektion Heiligenwald (Reben) mit 6630 Arbeiter.

Die Beschäftigten verteilten sich unter und über Tage: 39 822 = 72,93 Prozent unter Tage und

24,92 Prozent über Tage, 1 174 = 2,15 Prozent Vertragsangehörige.

Kriegs- oder Unfallrente beziehen 8 155 Personen oder 5,82 Prozent, davon Kriegsgrentenbezieher 1 221 = 2,24 Prozent, Unfallbezieher 1 934 = 3,58 Prozent.

Religionsbekenntnis der Belegschaften: evangelisch 11 726 = 21,47 Prozent, katholisch 42 111 = 77,12 Prozent, Dissidenten und sonstige 787 = 1,41 Prozent.

Knappschaftszugehörigkeit: Knappschaftliche Krankent- und Pensionkasse 53 259 = 97,54 Prozent, nur der Krankentasse 117 = 0,52 Prozent, Knappschaftliche Krankent- und Abgestelltenkasse 1 169 = 2,14 Prozent.

Wohnlich und Familienangehörige der Bergarbeiter. Ihren Wohnsitz haben im Saargebiet 51 489 = 94,31 Prozent, im deutschen Gebiet 3 005 = 5,5 Prozent, in Frankreich 101 = 0,19 Prozent.

Auf die einzelnen Kreise und Bezirke verteilen sich die Bergarbeiter (in Klammern zu erwerbende Angehörige):

a) Saargebiet: Stadtkreis Saarbrücken 866 (1 580), Landkreis Saarbrücken 19 346 (37 408), Kreis Dittweiler 16 326 (32 708), Kreis Saarlouis 6 961 (15 049), Kreis St. Wendel 3 187 (7 218), Kreis Merzig 378 (891), Bezirksamt St. Ingbert 2 482 (5 269), Bezirksamt Homburg 1 972 (5 089), Saargebiet insgesamt 51 498 (105 812) = 157 510.

b) Deutschland: Kreis Baumholder 581 (1 771), Kreis Wadern 367 (1 189), Kreis Trier Land 299 (1 035), sonstige Kreise 6 (33), Bezirksamt Waldmohr 983 (3 032), Bezirksamt Kusel 377 (986), sonstige Bezirke 8 (40), Birkenfeld 384 (1 080), Deutschland insgesamt 3 005 (9 168) = 12 171.

c) Frankreich: Bezirk Forbach 52 (66), Bezirk Saargemünd 44 (87), sonstige Bezirke 5 (14), Frankreich insgesamt 101 (167) = 268.

Auf einen Bergarbeiter entfallen im Durchschnitt 2,493 Angehörige.

In diesem Bericht der Saargrubenverwaltung ist die Belegschaft der Grube Frankenhof mit 2 500 Arbeitern nicht enthalten. Ebenfalls nicht enthalten sind die technischen Grubenbeamten.

Die letzte Statistik der Saargrubenverwaltung ist Ende 1925 abgeschlossen. Die Belegschaftsziffer betrug damals 69 577 Personen. Die Zahl der Arbeiter im deutschen Gebiet 6 728 oder 9,67 Prozent gegen 3 005 oder 5,5 Prozent am 1. Januar 1931. Eine Abnahme von fast 50 Prozent. Diese Ziffer hat sich im Laufe des Jahres 1931 weiter verringert.

Die Zahl der Ende 1930 (in Klammern für 1925) in den deutschen Gebieten wohnenden Bergarbeiter zeigt folgende rückwärtige Bewegung:

Preußen: Kreis Baumholder 581 (1 042), Kreis Wadern 367 (1 377), Kreis Trier Land 299 (874), Kreis Berncastel — (30), Kreis Saargrub — (13), Kreis Kreuznach — (9), sonstige Kreise 6 (6), Preußen insgesamt 1 253 (3 350).

Bayern: Bezirksamt Waldmohr 983 (1 734), Bezirksamt Kaiserslautern — (56), sonstige Bezirkeämter 8 (13), Bayern insgesamt 1 368 (2 659).

Birkenfeld: 384 (719).

Die Arbeiter aus den Kreisen Berncastel, Kreuznach, Saargrub sowie den Bezirkeämtern Zweibrücken, Kaiserslautern sind sämtlich innerhalb fünf Jahren entlassen worden.

Sicherheitsmännerwahl auf Grube Bellen.

Am 12. August 1931 fanden in zwei Abteilungen der Grube Bellen die Wahlen der Sicherheitsmänner statt. Beide Mandate fielen auf die Kandidaten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Gewählt wurde in Abteilung I mit allen abgegebenen 78 Stimmen das Verbandsmitglied Johann Vorson aus Hofstedenbach.

In Abteilung 4 a und 4 b erhielt das Verbandsmitglied Nikolaus Bleichmidt aus Lauterbach 157 Stimmen, während 4 Stimmen auf den Kandidaten des christlichen Gewerkschafts fielen. Auch diese Wahlen zeigten das Vertrauen der Bergarbeiter zum Verband.

Halbjahrestonferenz der Geschäftsstelle Mingen.

Am 2. August traten in Hüttenberg die Funktionäre, Zahlstellenvertreter, Betriebsobleute und Jugendobleute zur gemeinsamen Beratung zusammen. Die allgemeinen Ausführungen des Geschäftsführers, Kam. Bernarding, können wir Platzmangels wegen nicht wiedergeben. Nur folgendes sei erwähnt:

Es sind Verhandlungen mit der Regierungskommission eingeleitet worden, um für die vielen Feiertagsarbeiten eine Entschädigung zu gewähren. Ich bin nicht in der gleichen Lage, wie die Vertreter des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, die bereits schon auf ihrer letzten Konferenz gesagt haben, daß jeder Bergmann eine Entschädigung von 100 Fr. erhalten soll. Ob die Her-

ren Vertreter des christlichen Gewerkschafts durch ihre guten Beziehungen zu der Regierungskommission (in der ihr Freund, der frühere Bergmann Köhmann sitzt) mit ihrer Unterstützung nicht zu weit gehen, entzieht sich meiner Kenntnis. Wir verlangen nach wie vor für die vielen Feiertagsarbeiten der Saarbergarbeiter eine Entschädigung. Nachdem Kamerad B. dann die Saargänger- und Arbeitslosenfürsorge kurz behandelte, ging er noch auf die Mitgliederbewegung und auf die Vertragsfragen ein.

Ueber das Thema „Ursache und Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise“ referierte Bezirksleiter Kamerad Schwarz.

Er zeigte an Hand einer Fülle von Statistiken die Entwicklung der Technik, die durch allzu schnelle Rationalisierung das Heer der Arbeitslosen geschaffen hat. Das war nicht der richtige Weg. Das privatkapitalistische System hat nur Unheil gebracht.

Dasselbe muß durch die Arbeiterklasse über den Staat von der öffentlichen Hand abgelöst werden. Diese Gefahr habe das Privatkapital erkannt, dieserhalb gehe es jetzt zum Generalangriff gegen die Arbeiterklasse vor. Dies habe die Arbeiterklasse leider noch nicht realisiert, das zeige sich jetzt am deutlichsten in Dillingen, wo die RGD. (des Kommunisten) die Geschäfte der Kapitalisten besorgen. Redner kennzeichnete das arbeiterverräterische Verhalten der RGD. und RPD. an vielen Beispielen. Seine zweieinhalbstündigen Ausführungen wurden ebenso wie die des ersten Redners mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

In der daran anschließenden Diskussion beteiligten sich acht Kameraden. Alle Redner waren sich darin einig, daß nur bezahlte Spitzel sich so gebärden können, wie dies heute die RGD. und die RPD. tun. Die Organisation müsse gegen die Lügen und Fesseln der RPD. und Saarbündler gekämpft werden. Nur wer Augenzeuge war, kann ermessen, wie groß die Not in den Saarbergarbeiterfamilien ist. Erster Appell wurde an den Arbeitgeber, bzw. an die französische Regierung und an die Regierungskommission gerichtet, helfend einzugreifen. — Entschuldigungen in diesem Sinn fanden einstimmige Annahme.

Bezirk Oberschlesien.

Das Ende der RGD.-Herrlichkeit.

Die Führer bestehen aus Feiglingen und Verrätern.

Der oberschlesische Bergbaubezirk wurde von den Kommunisten seit Ende des vergangenen Jahres ganz besonders umkämpft. Mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln versuchten die kommunistischen Hezer, die Bergbauarbeiter in Verwirrung zu bringen. Wer erinnert sich nicht noch an die blutigen Vorgänge im Januar d. J., wo die Kommunisten einen nutzlosen, aber opferreichen wilden Streik inszenierten. Tausende von Arbeitern blieben als kommunistische Opfer auf der Strecke liegen. Die RGD. wie auch die RPD. hatten nicht einen Pfennig für die durch ihre Schuld in Not geratenen Familien in der Tasche. Das Statut der RGD. besagt, daß Unterführungen nach Lage der Verhältnisse gewährt werden können. Die Kaiserinverhältnisse der RGD. sind aber davor so schlecht, daß kein einziger Bergmann in Oberschlesien bis jetzt auch nur einen Pfennig Kranken- oder Arbeitslosenerleichterung erhalten konnte. Die mit solch Geld ins Leben gerufene RGD. liegt auf Grund des vollständigen Versagens der Führer nunmehr im Sterben.

Auf der Königin-Luise-Grube spaltete sich die RGD.-Fraktion in mehrere Teile. Der Kommunist G. W. J. der Hauptmacher der RGD., entpuppte sich als ein gemeiner Verräter an der Arbeiterklasse und hatte nur das Bestreben, für sich allein Vorteile herauszuholen. — Auf der Gleiwitzer Grube ist nunmehr auch die Kommunistenherrlichkeit elend zusammengebrochen. Der Hauptmacher und Intrigant Klose verdingte sich in den Maschinen des Betriebes, so daß die Verwaltung gezwungen war, ihn fristlos zu kündigen. Ein Feigling, wie Klose nun ist, ging er zur Direktion und bettelte um Weiterbeschäftigung. Er hat einen Revers unterschrieben, wonach er sein Mandat als Vertreter niederlegt und sich verpflichtet, sich in keiner Weise mehr mit der Politik zu beschäftigen. Das ist der Held, der in jeder Versammlung auf die Bühne stieg, blutdürstige Reden hielt und zum Schluß seiner Ausführungen ständig die Arbeiterklasse aufzuforderte, auszutreten aus den Gewerkschaften und den Kampf zu führen in dem revolutionären „Einheits“-verband der kommunistischen Bergarbeiter. Die 646 Stimmen, die die Kommunisten bei der Betriebsratswahl auf der Gleiwitzer Grube erhielten, sind somit umsonst abgegeben worden. Eine Vertretung finden die Arbeiter durch ihre revolutionären Helden nicht. Es ist daher begrifflich, daß die gemäßigten Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes sich für sämtliche Belegschaftsmitglieder einsetzen müssen, damit diese nicht zu Schaden kommen. Erwarten kann man aber dafür, daß die Belegschaft nunmehr zu der Erkenntnis kommt, daß allein der Bergbauindustriearbeiterverband eine Gewähr für beste Vertretung gibt.

Wie die Kommunisten sich selbst abmürken, geht aus einem Vortrag hervor, der sich auf der Preußengrube abspielte. Die

beiden Kommunistenbrüder Gregarek und Karalus liebten sich so sehr, daß der Kommunist Karalus dem Machwerk des Gregarek zum Opfer fiel. Der Kommunist Karalus führte den Vorsitz in einer Belegschaftsversammlung und erteilte auf Drängen des Gregarek einem werksfremden Kommunisten das Wort zu einem Hegeldebate gegen die Gewerkschaften. Daraufhin wurde der Kommunist Karalus von der Verwaltung fristlos entlassen. Gregarek erklärte später kahlköpfig: „Ja, wenn er so dummt ist, dann kann ich mich auch helfen.“ In Wirklichkeit wollte Gregarek den Karalus befeitigen, weil er in ihm eine Gefahr für seinen Betriebsratsposten sah. Darüber hinaus wird bekannt, daß in Mieschowitz der Kassierer des kommunistischen „Einheits“-verbandes 300 Verbandsmarken erhalten hat, davon aber nur neun abgerechnet. Die übrigen Marken sind fort, es soll aber auch kein Geld da sein.

So sieht die Lidernwirtschaft des RGD.-Verbandes aus. Die Bergarbeiter im Bezirk Oberschlesien, die unter diesen Umständen auch nur einen Pfennig an die RGD. zahlen, begehen einen Betrug an ihren Familien.

Eine besondere Blüte in Oberschlesien stellt der Kommunisten- und Reichstagsabgeordnete T. J. dar. T. J., der nach einem Flugblatt Reichstagsabgeordneter ist, in Berlin ein Zigarettengeschäft führen soll und darüber hinaus noch Parteisekretär der kommunistischen Partei ist, befreit in einem Brief an die Kommunisten der Gleiwitzer Grube, daß er weder ein Zigarettengeschäft habe, noch Parteisekretär sei und 1000 M. demjenigen biete, der ihm nachweise, daß er Reichstagsdiäten bezieht. T. J. ist somit der einzige Reichstagsabgeordnete, der keine Diäten erhält. Die kommunistischen Jünglinge glauben das aber selbst nicht mehr, daß der arme T. J. keine Diäten bekommt. Vielleicht machen sie sich jetzt Gedanken darüber, woher der Reichstagsabgeordnete T. J. wohl die ausgelegten 1000 M. nehmen will.

Daß T. J., Eigendja, Schieron usw. es nur darauf abgesehen haben, die freien Gewerkschaften zu zerbrechen, geht daraus hervor, daß sie immer bei allen Gelegenheiten die Massen auffordern, aus den Gewerkschaften auszutreten. Die obereschlesische Bergbauarbeiterklasse sollte aber erkennen, daß diese Leute nicht geeignet sind, die Geschäfte der Arbeiterklasse so zu führen, daß für harte Bergarbeit auch ein gerechter Lohn gezahlt wird. Durch die wüste Heherei haben es die Kommunisten soweit gebracht, daß die Arbeiter stolz und frech ihr Haupt erheben und glauben, der Arbeiterzustand sei schon wieder da. Wer den Tariflohn fordert, fliegt auf Straßenpflaster und wer sonst nicht den Mund hält, wird ebenfalls gefoltert. Die Kommunisten wollen es scheinbar dahin treiben, daß jeder Arbeiter gezwungen wird, mit der Mihe unter dem Arm kniefällig zu bitten, unter Verzicht auf ihre selbständige Meinung weiter arbeiten zu dürfen, wie es das Großmaul Klose auf der Gleiwitzer Grube als „revolutionärer Klassenkämpfer“ getan hat.

Oberschlesische Bergbauarbeiter! Erkennt aus diesen Vorgängen, daß es notwendig ist, den kommunistischen Schwindlern und falschen Propheten die Maske vom Gesicht herunter zu reißen und daß nur allein der Bergbauindustriearbeiterverband einen ehrlichen Kampf gegen das verlotterte kapitalistische System kämpft und für die Befreiung der Bergbauarbeiterklasse aus den Fesseln der Knechtschaft mit aller Macht eintritt. Tretet ein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und werdet Mitzkämpfer für unsere gerechte Sache!

UNSERE TOTEN

Es starben folgende Kameraden:
Bodum-Hövel. Am 24. Juli: Karl Kleppel, 45 Jahre alt; am 7. August: Heinrich Borchert, 50 Jahre alt, durch tödlichen Unfall.
Eidel II. Im Juni: Hermann Schlaupisch, 76 Jahre alt, Mitbegründer unserer Zahlstelle 1889.
Hamm. Am 29. Juli: Johann Karalus, 53 Jahre alt, Steinfaublung, seit 1908 Mitglied, langjähriger Funktionär und Knappschaftsältester.
Hienstädt. Am 7. August: Georg Meier.
Planitz-N. Am 13. August: Karl Werner, 77 Jahre alt, seit 1899 Mitglied.
Sondershausen-Bebra. Reinhold Seidenstückler, 44 Jahre alt, durch tödlichen Unfall, seit 1917 Mitglied.
Ehre ihrem Andenken!

Verbandsnachrichten

Bücherrevision.
Dahlhausen I. In der Woche vom 13. bis 20. September. Bücher bereit halten!

GEG Kautabak

aus Deinem Konsumverein

Nichts ist würziger!

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre

Gute Zahnräder nur RM. 2,20

- Nr. 3 Herren-Pad über 20cm. 2,20
- Nr. 4 Herren-Pad 20cm. 2,20
- Nr. 5 Herren-Pad 18cm. 2,20
- Nr. 6 Herren-Pad 18cm. 2,20
- Nr. 7 Herren-Pad 18cm. 2,20
- Nr. 8 Herren-Pad 18cm. 2,20
- Nr. 9 Herren-Pad 18cm. 2,20

Jede Uhr hat ein 35-36 tägiges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme. Es ist Katalog gratis. Lieferungen Fr. Holnecker, Braunschweig 35, Gelfingstr. 3, Jahresausgabe ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt.

Gummi fgg. Artikel gratis. Zentraler Versand. „Medicus“ Berlin-SW68. Alle Zahnräder.

Nebenerdienst Prospektverteiler. Wägers durch Theodor Hillmann, Bob Lanitz.

ESU Stahl-Betten Schlafzimmer u. Holz Stabmatratzen Kinderbetten, Chaiseloung, an jeden. 3teilig. Katalog 302 frei. Eisenwerkfabrik Sohli (Thür).

Großer Preisabbau

in neuen Gänsefedern mit Daunendoppel gereinigt. Pfd. 2.50 u. 3.—, nur kleine Federn (1/2 Daunend.) 4.—, Edel-„/2-Daunen“ 5.50 u. 6.—, handgefeert. Feder an 3.50, 3.—, 5.75 bis 6.—, teichte 6.50, Volldaunen (berd. füllend) 8.50 u. 9.50 geg. Nachh. ab 5 Pfd. portofr. Hochgefühl nehme auf m. Rollen zurück. Für recht tauschf. Ware Garantie. Helene Geilisch, Bettfedern-Besch. u. Reinlg. anst. Kreuzbräu 19 Oberbräu, Wiegeler Str. 45 a.

Eheleute, verlangt unsere Liste B gratis. Versandhaus „Reform“, Hans Grimmitzschau L 12

In 3 Tagen

Nichttrauer

Einmalige Leihentwurf: Sanitäts-Depot Halle a. S. 354 A

Dauerordnungs durch saubere Heimarbeit vergibt an jeden, keine Vorkenntnisse. Gratsausk. erteilt Elite-Strickmasch.

Ed. Zapf, Berlin-Reinickendorf Ost 1

Sächsische Bettfedern

Fabr. P. Hoyer, Deltitzsch 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4 sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten an. Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpr. Ferner prima **BETT-INLETT** Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

KLEIDER MACHEN LEUTE

Gut gekleidet sein ist eine Forderung des Tages. Das hat mit Eitelkeit nichts zu tun. Aber der innerlich korrekte Mensch hat auch das Bedürfnis, den äußeren Menschen in Ordnung zu halten.

In über 160 000 Familien haben sich unsere Herren- u. Damenstoffe wegen ihrer Güte bereits seit über 44 Jahren im In- u. Ausland einen Weltruf geschaffen.

Als ältestes Tuchversandhaus Deutschlands mit eigener Fabrikation sind wir auch Ihres Vertrauens würdig; denn unsere Preise haben wir, der Qualität entsprechend, außerordentlich gestellt. Unter den heutigen Verhältnissen sind wir auch zur Käufererleichterung gern bereit.

Wir bitten, unsere Kollektion, welche franko und unverbindlich zugesandt wird, umgehend anzufordern.

LEHMANN & ASSMY

SPREMBERG/L 111

Ältestes Tuchversandhaus mit eigener Fabrikation für Lieferung direkt an Privat

Ständiges Inserieren bringt Gewinn!

Wir bitten, unsere Kollektion, welche franko und unverbindlich zugesandt wird, umgehend anzufordern.

Nur noch RM. 14,-

Der zierliche Parabelscheinwerfer m. Silber Spiegel und mit festem Fuß.

Der pr. Trommelscheinwerfer m. fest. Fuß oder federnder Wippe. (Standlicht durch eine Taschenbatterie)

D. unverwundl. leistungsfähig. Lichtmasch. m. verblüff. gutem Anfangslicht.

BOSCH

ROBERT BOSCH & CO., STUTTGART

Vollständig Kostenlos

erhalten Sie unseren Schubkarren mit vielen günstigen Kauf-Gewerheiten, wie z. B. Damen-Spangenschuhe Braun, beige u. Rotleder 4,90 Bei Nichtgefallen Geld zurück

Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft

München K 54 m. B. H. Rosenstr. 11

PREISABBAU - Neue Gänsefedern

Mit Daunendoppel gereinigt Pfd. 2.50 und 3.— M., nur kl. Federn (Halbdaunen) Pfd. 4.50 u. 5.—, 1/2-Daunen Pfd. 6.— u. 6.50, handgeriss. Federn 4.— bis allerfeinste 6.50, Volldaunen (berd. füllend) Pfd. 9.— u. 10.—, nur beste gewaschene und entstaubte Ware. In Ihrem Interesse Grats-Muster verlangen! Nachnahmeendung ab 5 Pfd. portofrei. Kein Risiko. Nichtgefallend Rücknahme. Ernst Wainberg, Neutrabbin 144. Älteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.